

# Inhaltsverzeichnis

## AP Arbeitsprogramm

---

AP-1	Jusos Bayern Landesvorstand	Arbeitsprogramm Jusos Bayern 2020/2021 #junginbayern	2
------	--------------------------------	--	---

---

## F Feminismus und Gleichstellung

---

F-1	Jusos Bayern Landesvorstand	Gendern in der Schule – ist das erlaubt?	12
-----	--------------------------------	--	----

---

## I Internationales und Frieden

---

I-1	Jusos Oberbayern	Demokratie und Freiheit für Belarus!	15
I-2		Gegen Covid und vor der nächsten Pandemie: Impfstoffsicherheit global garantieren!	18

---

## L (kein Titel)

---

L-1	Landesvorstand Jusos Bayern	Leitantrag #junginbayern	23
-----	--------------------------------	--------------------------	----

---

## M Migration und Integration

---

M-1	Jusos Unterfranken	Die Förderung für Migrant*innenorganisationen Neue Deutsche Organisationen überdenken und verbessern!	33
-----	-----------------------	---	----

---

## N Netzpolitik und Digitales

---

N-1	Jusos Oberbayern	Big Tech zerschlagen	36
-----	------------------	----------------------	----

---

## U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

---

U-3	Jusos Bayern Landesvorstand	Gerechte Landwirtschaft. Sozial und ökologisch	43
-----	--------------------------------	--	----

---

## W Wirtschafts- und Finanzpolitik

---

W-4	Jusos Schwaben	Glücksspielsimulierende Handyspiele für Kinder und Jugendliche beschränken	50
-----	----------------	--	----

---

## **INI Initiativanträge**

---

INI-1 Jusos Oberbayern Jusos in die Parlamente – was das für uns bedeutet

---

52

# AP Arbeitsprogramm

## AP Arbeitsprogramm

---

AP-1	Jusos Bayern Landesvorstand	Arbeitsprogramm Jusos Bayern 2020/2021 #junginbayern	2
------	--------------------------------	--	---

---

# AP-1

<b>Titel</b>	Arbeitsprogramm Jusos Bayern 2020/2021 #junginbayern
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Bayern Landesvorstand
<b>Adressat*innen</b>	

---

## Arbeitsprogramm Jusos Bayern 2020/2021 #junginbayern

- 1 Die Jusos Bayern sind feministisch, internationalistisch und sozialistisch. Wir sind antifaschistisch und kämpfen  
2 gemeinsam für eine Welt, in der alle frei und gleich sind. Wir kämpfen gemeinsam für den demokratischen  
3 Sozialismus.
- 4 Wir sind ein eigenständiger Richtungsverband innerhalb der SPD. Wir sind uns unserer  
5 Verantwortung für diese Partei bewusst, die sich stetig vergrößert und verändert. Wir wollen auch weiterhin  
6 kritisch-solidarisch an der Seite der Mutterpartei für den Demokratischen Sozialismus kämpfen. Mit der verlo-  
7 renen Bundestagswahl 2017 und Landtagswahl 2018 haben wir uns selbst den Auftrag gegeben, permanent  
8 die inhaltliche, personelle und strukturelle Erneuerung der SPD voran zu bringen. Dieser Auftrag kann noch  
9 nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Zwar konnten die Jusos mit der Wahl des linken Parteivorsitzenden  
10 Duos Esken und Nowabo einen Punkt im Richtungsstreit gewinnen, jedoch konnten wir in der Diskussion um  
11 die Revisionsklausel der Großen Koalition keinen Punkt machen. Dies ist jedoch keine Niederlage aus der wir  
12 enttäuscht hervorgehen. Im Gegenteil: wir nehmen die Verantwortung an, auch weiterhin intensiv inhaltliche  
13 Diskurse der SPD zu prägen und mit den Jusos die bereits in SPD-Gremien gewählt wurden an der strukturellen  
14 Ausrichtung und der Kampagnenfähigkeit zu arbeiten. Bei der kommenden Bundestagswahl erheben wir den  
15 Anspruch, Teil der personellen Neuausrichtung zu sein. Diese personelle und inhaltliche Neuausrichtung wird  
16 aber nicht nur Teil der Zeit bis zur Bundestagswahl diesen September sein. Weiter wollen wir auch die Perspek-  
17 tive der bayerischen Sozialdemokratie prägen. Wir freuen uns, dass mit Ronja Endres und Florian von Brunen es  
18 eine neue Spitze der BayernSPD gibt, die viel Unterstützung aus unterschiedlichen Teilen unseres Verbands,  
19 aber auch der Partei erhalten hat. Jetzt ist es an ihnen und dem neuen Team, die Zeit bis zur Landtagswahl  
20 2023 zu gestalten. Wir werden dies ebenso kritisch-solidarisch wie auf Bundesebene begleiten.
- 21 Wir wollen auch im kommenden Jahr mit politischer, innerverbandlicher Bildung, mit Kampagnen nach in-  
22 nen und außen, Zusammenarbeit mit inner- und außerparteilichen Partner\*innen und vielen anderen Projek-  
23 ten die treibende Kraft für den demokratischen Sozialismus innerhalb Bayerns sein. Wir wollen die Zeit bis  
24 zum nächsten Landtagswahlkampf nutzen, die innerverbandlichen Debatten voranzutreiben, aber auch einen  
25 Schritt zurück zu gehen und zu überlegen, wie unserer Meinung nach ein jungsozialistisches Leben in Bayern  
26 aussehen mag, ob auf dem Land oder in der Stadt. Im nächsten Vorstandsjahr haben wir einige Arbeit vor uns.  
27 Die vergangene Legislatur stellt uns vor neue Herausforderungen: durch die Pandemie Covid19 stand unsere  
28 Verbandsarbeit für einige Monate still. Wir mussten schnell Möglichkeiten finden, auf digitalem Weg in unsere  
29 Strukturen hinein zu wirken. Anders als die SPD konnten wir Jusos vielerorts auf bereits vorhandene Digitale  
30 Infrastruktur zurückgreifen und unsere Digitale
- 31 Vernetzung weiter voranbringen. Zumindest nach außen hin. Natürlich haben wir durch Onlineangebote wei-  
32 terhin Präsenz und Inhalte vermitteln können, jedoch hat die Verschiebung unserer ordentlichen Landeskon-  
33 ferenz Zeit geraubt. Dennoch sind wir voller Tatendrang für das nächste Jahr.
- 34 **Feminismus:**
- 35 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. Wir tragen diesen Begriff „Feminismus“ nicht nur vor uns  
36 her, sondern wir füllen ihn mit Leben und kämpfen für Gleichstellung auf dieser Welt.

37 Im Rahmen dessen ermöglichen wir auch dieses Jahr wieder den Raum, dass sich Frauen auf der Frauen-  
38 konferenz austauschen und vernetzen können. Dort heraus kommen jedes Jahr aufs neue junge, empowerte  
39 Frauen, die diesen Verband feministisch stärken und für ihre Rechte eintreten.

40 Unsere Themenwerkstatt Feminismus ist eine weitere tragende Säule unserer Arbeit für die feministische  
41 Schwerpunktsetzung. Dort wollen wir die innerverbandliche Debatten aufgreifen und weiterentwickeln. Sie  
42 gilt als Expert\*innengremium, aber auch als Bildungsveranstaltung, um erst die Mitglieder und danach den  
43 ganzen Verband auf der Höhe des feministischen Diskurses zu halten. Im kommenden Jahr wollen wir den  
44 Schwerpunkt darauf setzen, unser feministisches Verständnis weiterzuentwickeln und uns damit auseinander-  
45 setzen, wie wir intersektioneller Diskriminierung im Verband begegnen wollen und wie es uns gelingt, Räume  
46 zum Austausch zu schaffen und gegebenenfalls umzugestalten, insbesondere auch sichere Räume für Wo-  
47 men of Colour und ihre Perspektiven. Unser feministisches Verständnis basiert auf der Grundlage materieller  
48 Ungleichheit und der spezifischen Betroffenheit von Frauen im Patriarchat. Von der materiellen Ungleichheit  
49 sind aber nicht nur cis-Frauen betroffen. Dieses Bewusstsein und die daran anschließenden Debatten wollen  
50 wir in den Verband tragen.

51 Im Bildungsprogramm werden weiterhin Seminare mit Fokus auf feministische Themen angeboten.

52 In Zeiten von niedriger Frauenbeteiligung im Verband ist umso wichtiger, dass das FrauenRhetorik-Seminar  
53 weiter angeboten wird und gehört damit zum festen Bestandteil unserer Frauenförderung.

#### 54 **Themenwerkstätten und inhaltliche Arbeit**

55 Eines unserer wichtigsten Werkzeuge um sprachfähig zu sein, sich tiefgehend mit komplexen Sachverhalten  
56 und Problemen unserer Gesellschaft zu befassen und Lösungswege zu finden, sind die Themenwerkstätten. In  
57 den sechs Themenwerkstätten zu den Bereichen Bildung, Feminismus, Inneres/Demokratie/Antifa, Internatio-  
58 nales, Umwelt und Wirtschafts- und Sozialpolitik treffen sich Interessierte und Expert\*innen aus ganz Bayern,  
59 um sich auszutauschen, weiterzubilden, Beschlusslagen zu analysieren und Anträge zu erarbeiten. Durch die  
60 Themenwerkstätten haben wir die Möglichkeit auf die gesamte Kompetenz unseres Verbandes zurückzugrei-  
61 fen und Themen aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. Dies ermöglicht uns, neben der Antragsarbeit  
62 der Bezirke, gut erarbeitete Beschlussvorlagen und ein breites Wissen in vielen wichtigen politischen Themen-  
63 feldern.

64 Die Struktur mit drei Wochenenden für die Themenwerkstätten pro Jahr hat sich bewährt. Im kommenden  
65 Jahr wollen wir zur Vernetzung zwischen den Wochenenden verstärkt auf die gewonnenen Erkenntnisse in  
66 der digitalen Vernetzung zurückgreifen. Diese arbeitsintensiven Wochenenden bilden den Grundpfeiler für  
67 die politische Arbeit der Themenwerkstätten.

68 Folgende soll es im kommenden Jahr geben:

- 69 • Innenpolitik, Demokratie & Antifa
- 70 • Wirtschaft- & Soziales
- 71 • Umwelt & Energie
- 72 • Internationales & Europa
- 73 • Bildung
- 74 • Feminismus

#### 75 **Innenpolitik, Demokratie & Antifaschismus**

76 Die Themenwerkstatt für Innenpolitik, Demokratie und Antifaschismus wird sich im kommenden

77 Jahr mit der Struktur und Arbeitsweise der bundesdeutschen und bayerischen

78 Sicherheitsbehörden beschäftigen. Bereits in vollem Gange befindet sich die Diskussion über

79 Alternativen zum Bundesamt für Verfassungsschutz. Dazu wollen wir an die bereits richtige Beschlusslage  
80 des Juso-Bundesverbands anknüpfen und neue Beschlusslagen schaffen. Dabei arbeiten wir theoretisch zum  
81 Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit, beleuchten aber auch die praktische Umsetzung sicherheits-  
82 politischer Gesetzgebung und deren Auswirkungen auf unser alltägliches Leben.

- 83 Ein weiteres Themenfeld, das es in unseren Fokus geschafft hat, ist der Bereich Datenschutz.
- 84 Bereits im vergangenen Jahr haben wir dazu gearbeitet, doch die öffentliche Debatte um eine
- 85 „Corona-App“ hat das Thema wieder aufs Tablett gebracht. Auch an dieser Stelle spielt die Abwägung zwi-  
86 schen Sicherheit und Freiheit eine entscheidende Rolle, die wir aus sozialistischer Perspektive betrachten wol-  
87 len.
- 88 Auch im nächsten Jahr wird unsere antifaschistische Arbeit eine zentrale Rolle für die
- 89 Themenwerkstatt spielen. Der Umgang mit der AfD ist durch die Kommunalwahl eine
- 90 Querschnittsaufgabe geworden, dem wir uns im gesamten Land und auf allen Ebenen alltäglich stellen müs-  
91 sen. Der sogenannte „Dammbruch“ von Thüringen ist nur die Spitze des Eisberges eines immer weiter nach  
92 rechts driftenden politischen Diskurses. Rechtsextremistische Kräfte haben es nicht nur in unsere Parlamen-  
93 te geschafft, sie dominieren auch immer mehr Bereiche des zivilgesellschaftlichen Lebens. Es ist und bleibt  
94 unsere Aufgabe als sozialistische
- 95 Jugendorganisation ein antifaschistisches Gegenmodell aufzuzeigen. Wir sind davon überzeugt, dass sich un-  
96 sere Ideen und Visionen eines besseren Lebens für alle Menschen gegen jeden rechtsextremen Hass durch-  
97 setzen werden.
- 98 **Bildung**
- 99 „Wer hat, dem wird gegeben“, dies ist das Prinzip nach dem Bildungspolitik in Bayern funktioniert: Kinder  
100 aus Familien mit ihrerseits hohen Bildungsabschlüssen werden gefördert, während Kinder aus Familien mit  
101 einem niedrigen sozio-ökonomischen Hintergrund strukturell benachteiligt werden. In Bayern misst sich der  
102 schulische Erfolg von Kindern nicht an deren individuellen
- 103 Leistungen der Kindern, sondern am Geldbeutel ihrer Eltern. Gerade Kinder mit Migrationshintergrund haben  
104 es besonders schwer im jetzigen dreigliedrigen Schul-System. Wir Jusos nehmen dies nicht hin und machen  
105 uns für Bildungsgerechtigkeit stark! Wir lehnen das jetzige Bildungssystem ab und machen uns für die Gemein-  
106 schaftsschule stark. Wir begreifen Bildung ganzheitlich und wollen Menschen die Möglichkeit geben individuell  
107 gemäß ihrer Stärken und Interessen gefördert zu werden — von der Kita über die Schule bis hin zu Lernange-  
108 boten im Erwachsenenalter.
- 109 2019 wurde die Themenwerkstatt Bildung der Jusos Bayern gegründet. Die gute Arbeit aus dem letzten Jahr  
110 wollen wir fortführen: Besonders die Themen Erwachsenenbildung und auch die Lage an Schulen während  
111 und nach der Covid19-Krise wird uns beschäftigen. Covid-19 hat die eklatanten Fehler der letzten Jahrzehnte in  
112 der bayerischen Bildungslandschaft eindrücklich zu Tage befördert: Das Angebot „Abitur vor Gesundheit“, die  
113 schlimmen hygienischen Zustände in Schulen, der Sanierungsstau von Schulgebäude, der Lehrer\*innenabbau,  
114 der psychische Stress und die hohe Belastung von Lehrkräften und der große Druck mit dem Schüler\*innen  
115 heute konfrontiert sind.
- 116 Zudem bilden sich momentan bildungspolitische Netzwerke als Grassrootsbewegungen. Auch in diesen wollen  
117 wir als Landesverband mitmischen und unsere Ziele für eine gerechtere, bessere Bildungslandschaft in andere  
118 Organisationen tragen und uns vernetzen. Weiterhin gestalten wir mit der AfB in der kommenden Legislatur  
119 ein bildungspolitisches Grundsatzprogramm.
- 120 **Umwelt & Energie:**
- 121 Die Themenwerkstatt Umwelt und Energie setzt sich zum Ziel in der kommenden Zeit, die Dringlichkeit der  
122 Klimakatastrophe und ihre Auswirkungen weiter im Verband zu etablieren und zu
- 123 diskutieren. Dabei soll der Schwerpunkt themenübergreifend auf Fragestellungen der Klimagerechtigkeit lie-  
124 gen. Wie kann verhindert werden, dass die Klimakrise die globale Ungleichheit weiter verstärkt? Wie kann die  
125 ökologische Transformation sozial gerecht gestaltet werden? Als Themenschwerpunkte der Werkstatt Umwelt  
126 und Energie ergeben sich für die kommende Zeit vor allem die Forstpolitik, die Mobilitätspolitik und die künf-  
127 tigen
- 128 Energieversorgungspolitik. Bei der Forstpolitik geht es vor allem um eine weitere Vertiefung der landwirt-  
129 schaftspolitischen Grundlagen des Verbands. Bei der Mobilitätspolitik wollen wir die bisherigen Forderungen  
130 der Jusos aufgreifen und sie weiterentwickeln. Vor allem das

131 Zusammenspiel zwischen Kommunen und Ländern soll hier im Fokus stehen. Auch die Frage wie  
132 Mobilität und Solidarität gemeinsam einhergehen können, soll Thema der Themenwerkstatt Umwelt und Ener-  
133 gie sein. Beim Thema der künftigen Energieversorgung wollen wir insbesondere herausarbeiten, welche Ener-  
134 gieträger vor dem Hintergrund der Klimakrise ernsthaft als zukunftsfähig angesehen werden können.

### 135 **International links**

136 Wir Jusos sind ein internationaler Richtungsverband, daher ist uns der Kontakt zu unseren internationalen  
137 Partner\*innen auf der ganzen Welt wichtig. Diesen gilt es durch die Arbeit in der Themenwerkstatt Internatio-  
138 nales und Europa auf verschiedenen Ebenen auszubauen und in den Verband zu tragen, sei es durch neue Be-  
139 schlusslagen, wie auch durch umfangreiche Bildungsangebote und unterschiedliche Möglichkeiten, sich selbst  
140 inhaltlich einzubringen.

141 Die internationale Lage nach der Pandemie wird immer unübersichtlicher. Themen wie der Kampf gegen das  
142 Lukaschenko-Regime in Belarus oder die neuerliche Eskalation in Israel und den palästinensischen Gebieten  
143 werden uns auch im kommenden Jahr begleiten. Die Coronaimpfstoffverteilung an ärmere Länder bleibt trotz  
144 COVAX problematisch. Und die große Frage stellt sich, wie die Weltgemeinschaft für die nächste Pandemie  
145 aus den Fehlern lernen kann, die bei der Bekämpfung von Covid19 sowie bei Entwicklung, Produktion und  
146 Verteilung des Impfstoffs gemacht wurden. Die negativen materiellen Auswirkungen der Pandemie auf ärme-  
147 re Menschen zeigt sich bereits jetzt gerade in den Ländern, wo staatliche Sicherungssysteme brüchig sind.  
148 Die Talsohle dieser traurigen Entwicklung ist leider noch nicht erreicht, gerade weil Covid19 in vielen armen  
149 Ländern viel später vorbei sein wird. Auch hier braucht es mehr denn je. internationale Konzepte für Grundsi-  
150 cherung und Solidarität.

151 Ein weiterer Schwerpunkt wird die Neuausrichtung der Europäischen Union sein. Nach den  
152 Problemen in der Finanz- und Bankenkrise, der sogenannten Flüchtlingskrise und nun der Covid19-Krise müs-  
153 sen nun endlich auch Strukturen der EU verändert werden. Die letzten Jahre haben uns nicht näher zu den Ver-  
154 einigten Staaten von Europa hingebacht, sondern weiter davon weg. Wir fordern mehr Demokratie, mehr So-  
155 lidarität, wirklich wirksamen Klimaschutz aber auch eine bessere Kooperation der Staaten miteinander.

156 Durch unsere Kontakte und Kooperationen mit Genoss\*innen in anderen Ländern wollen wir mehr über das  
157 Leben und die sozialen Kämpfe dort lernen. Nur so können wir diese verstehen – nicht durch Textarbeit am  
158 Schreibtisch. Die Pandemie hat uns in dieser Hinsicht teilweise genützt: Austausch mit Genoss\*innen in Alba-  
159 nien, Belarus, Großbritannien oder Tschechien war online möglich. Trotzdem wollen wir uns unbedingt auch  
160 offline begegnen. Deshalb überlegen wir, am Protest gegen den G20-Gipfel in Rom teilzunehmen und die TW  
161 Umwelt dabei zu unterstützen, eine Delegation zur Weltklimakonferenz in Glasgow zu organisieren. Das YES-  
162 Summercamp findet 2021 leider nicht statt, genauso wie die Alpen-Internationale. Sobald die Lage absehbar  
163 ist, werden wir uns aber für solche Formate 2022 einsetzen und diese wo möglich mit organisieren.

### 164 **Wirtschafts- und Sozialpolitik**

165 Wir stehen vor großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Eine realwirtschaftliche Krise ohne wirkli-  
166 chen Vergleichswert bedroht Leben auf der ganzen Welt. Erfreulicherweise scheint die Bundesregierung nicht  
167 vor umfassenden Konjunkturpaketen zurückzuschrecken. Diese werden gebraucht, um eine durch den über  
168 Wochen und Monate andauernden wirtschaftlichen Stillstand ausgelöste Rezession einzudämmen und ihre  
169 negativen Auswirkungen gerade auf ärmere Menschen so klein wie möglich zu halten. Die Aufgabe der Jusos  
170 wird es zum einen sein, diese Konjunkturmaßnahmen kritisch zu verfolgen. Es ist nämlich zu befürchten, dass  
171 es Bestrebungen geben wird, verschiedene Branchen zu bevorzugen und übermäßig stark zu subventionieren  
172 und andere zu vernachlässigen. Für uns Jusos muss klar sein, dass die Existenz der Menschen im Vordergrund  
173 steht, nicht die Existenz von Aktienrenditen. Wir müssen gleichzeitig darauf achten, wie diese Konjunkturmaß-  
174 nahmen finanziert werden. Konservative und Liberale stoßen bereits ins Horn der Steuersenkungen. Senkun-  
175 gen von Einkommens- und Unternehmenssteuer sind keine besonders wirksamen Instrumente, um einer Re-  
176 zession entgegenzutreten. Das Geld stattdessen gezielt zu investieren verspricht bessere Effekte, Steuersen-  
177 kungen würden dagegen im Zweifel denen zu Gute kommen, die eh schon genügend haben. Zu befürchten ist  
178 auch, dass Steuersenkungen mit dem Abbau des Sozialstaates finanziert werden würden. Dies würde die Exis-  
179 tenz derer, die von der Krise eh schon am stärksten betroffen sind nochmal zusätzlich gefährden. Diese Um-  
180 verteilung von unten nach oben hätte außerdem das Potenzial die Krise zu verlängern, da reichere Menschen

181 zusätzliches Geld in geringerem Maße verkonsumieren und somit weniger direkt die Wirtschaft wieder ankurbeln. Unser Weg muss es sein, die Bekämpfung der Krise solidarisch zu finanzieren. Reiche Menschen müssen über eine Vermögensabgabe ihren Teil dazu beitragen. Klug konzipiert gefährdet diese auch keine Betriebe. Des weiteren braucht es europäische und weltweite finanzielle Solidarität. Daher braucht es zum einen ausreichend Hilfszahlungen, zum anderen sogenannte „Coronabonds“. Diese wurden zur letzten Finanzkrise schon unter dem Namen „Eurobonds“ diskutiert. Es handelt sich hierbei um von den europäischen Ländern gemeinsam herausgegebenen Staatsanleihen. Diese würde finanzschwächeren EU-Ländern enorm helfen die Krise zu meistern. Weiterhin dürfen wir vor lauter Krisenbewältigung aber auch nicht die nicht direkt damit assoziierte Politik nicht aus den Augen verlieren. Der Vorschlag zur Finanztransaktionsteuer aus dem Bundesfinanzministerium weist erhebliche Schwächen auf. Ein Beispiel: Ausschließlich Aktientransaktionen zu besteuern schafft Anreize für Händler\*innen statt mit Aktien direkt nur noch Wetten auf diese Aktien zu handeln. Dies hat das Potenzial die Finanzwirtschaft noch instabiler zu machen als sie eh schon ist. Auch dieser Thematik wird sich die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Jusos Bayern im nächsten Jahr annehmen.

#### 194 **Organisatorische Strukturen**

195 In unserem Verband gibt es viele Menschen, die in die Partei eingetreten sind, um politisch zu diskutieren, sich politisch zu bilden, mit gleichgesinnten Spaß zu haben und für ihre Ziele zu kämpfen. Unsere organisatorischen Strukturen sind der Rahmen für all das, in dem sie Beteiligungsmöglichkeiten bieten, Debatten ermöglichen, verschiedene Meinungen und Ideen verbinden, demokratisch alle mit einbinden und gewährleisten, dass wir organisatorisch gut aufgestellt sind. Nur so können wir unsere inhaltlichen Ziele konkretisieren und gemeinsam voranbringen!

201 Da auch wir als Verband uns laufend verändern und sich neue und andere Organisationsformen entwickeln, wird es Zeit, unsere bestehenden Strukturen wieder einmal gemeinsam zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Können sich alle Mitglieder in Bayern so bei uns Jusos beteiligen, wie sie es gerne möchten? Sind unsere Gremien und die Arbeit in den Vorständen effizient? Wie können wir uns besser abstimmen und vernetzen? Welche Informationen werden wo benötigt und wie können wir gemeinsam unsere Inhalte weiterentwickeln? Für diese und weitere strukturelle und organisatorische Fragen soll es künftig einen Arbeitskreis Struktur der Jusos Bayern geben, zu dem alle Mitglieder herzlich eingeladen sind. Um eine regionale Ausgewogenheit zu gewährleisten soll zudem aus jedem Bezirk mindestens eine Person teilnehmen. Nehmt euch die Zeit und macht mit – nur durch eine gute Organisation können wir unsere Inhalte effizient und demokratisch weiterentwickeln und gemeinsam durchsetzen.

211 Um die Arbeit der Bezirke, Unterbezirke, Themenwerkstätten und aller anderen Gremien zu unterstützen bzw. zu verbessern, werden Tipps und Best Practice Beispiele zudem gesammelt und den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

#### 214 **Kampagnen**

215 Neben spontanen Kampagnen (ob on- oder offline), die wir im Laufe unseres Vorstandsjahrs aufgrund aktueller Entwicklungen durchführen, möchten wir uns auch zwei größere, von Anfang an festgelegte Kampagnen vornehmen. Durch Kampagnen können wir an unsere Mitglieder herantreten, sie schulen und einbeziehen, andererseits aber auch Aufmerksamkeit von außen auf unsere Themen ziehen oder auch Kritik üben.

#### 219 **Kampagne Jung in Bayern**

220 In unserer Kampagne #junginbayern möchten wir uns damit beschäftigen, wie ein jungsozialistisches Bayern in unserer Vorstellung aussieht. Wir möchten das Bild einer guten Zukunft für junge Menschen in Bayern zeichnen, egal ob auf dem Land oder in der Stadt, egal ob reiche Eltern oder nicht. Inhaltliche Grundlage dafür soll unser Leitantrag werden. Junge

224 Menschen in Bayern haben auf dem Land, genauso wie in der Stadt ähnliche Fragestellungen, die sie in ihrem Leben begleiten. Einerseits ist in ganz Bayern natürlich das Thema Bildung vorne mit dabei. Der gesamte Themenbereich rund um Ausbildung, Gesamtschule, Grundschule, dreigliedriges Schulsystem usw. begleiten uns Jusos Bayern bereits lange und wir können schon auf breite inhaltliche Punkte zurückgreifen. Doch wir müssen ein Gesamtkonzept vor Augen haben, auf das wir hinsteuern.

229 Auch die Bereiche um Mobilität, Wohnen und Freizeitmöglichkeiten sollen Schwerpunkte der

230 Kampagne werden. Wir wollen, dass auch auf dem Land regelmäßig ein Bus fährt – am besten mit

231 Elektroantrieb. Wir wollen, dass auch in kleinen und mittelgroßen Kommunen bezahlbare  
232 Wohnungen für junge Menschen zur Verfügung stehen. Und wir wollen überall in Bayern gute Möglichkeiten  
233 zur Freizeitgestaltung – vom kommunalen Schwimmbad bis zum hippen TechnoRave.

234 Vor Ort möchten wir nach Vorbild der Jusos Oberbayern und Oberpfalz vor allem auf Guerilla-  
235 Aktionen zurückgreifen, wie beispielsweise Campen auf dem Marktplatz, um auf das Thema Wohnraum auf-  
236 merksam zu machen.

237 Die Auf- und Ausarbeitung dieser Themengebiete soll bereits die ersten Themengrundsteine für die Landtags-  
238 wahl legen.

### 239 **Kampagne zu politischer Bildungsarbeit in Bayern**

240 Nicht erst seit der letzten Landtagswahl befinden sich die juso-nahen politischen Bildungsstätten in Kochel,  
241 Würzburg und auf Schney in der Krise. Diese Krise spitzte sich zuletzt so sehr zu, dass die Von-Vollmar-  
242 Akademie in Kochel kurz vor der Schließung stand, die nur zahlreiche Spenden einzelner Sozialdemokrat\*in-  
243 nen und Jungsozialist\*innen abgewandt werden konnte. Die Frankenwarte hat, durch Corona zwar beschleu-  
244 nigt, aber nicht ausschlaggebend, Insolvenz anmelden müssen.

245 Wir stehen solidarisch zu unseren Bildungsstätten und sind der Überzeugung: die Abhängigkeit von Ein-  
246 zelspenden muss aufhören, wir brauchen eine gute Grundfinanzierung politischer Bildungsstätten in Bay-  
247 ern!

248 Doch dieses Problem ist nur die Spitze des Eisberges. In Bayern haben politische Bildung und Mitbestimmung  
249 nach wie vor nicht den Stellenwert, den wir einfordern. Wir möchten das ändern und werden in den kommen-  
250 den Monaten eine Kampagne starten!

#### 251 *Was ist politische Bildung für uns?*

252 Durch politische Bildung befähigen sich Menschen, Teil einer solidarischen Gesellschaft zu sein und an demo-  
253 kratischen Prozessen teilhaben zu können. Die passiert sowohl in den Institutionen als formalisierte Bildung,  
254 wie beispielsweise in Schulen oder Hochschulen, jedoch ganz oft auch im nicht-formellen Rahmen. Beispiels-  
255 weise wenn wir unser Bildungsprogramm gestalten, aber auch in kulturellen und sozialen Einrichtungen. Poli-  
256 tische Bildung umfasst alle Lebensbereiche und lebt von der gemeinsamen und freundschaftlichen Diskussion  
257 und Debatte auf Augenhöhe.

258 Sie kennt auch keine nationalen Grenzen – politische Bildung muss immer auch ein Ausdruck internationaler  
259 Solidarität sein, um eine ganzheitliche Perspektive vermitteln zu können.

260 Im Rahmen unserer Kampagne wollen wir herausfinden, wie unsere Mitglieder und die Gesellschaft politi-  
261 sche Bildung sehen, wie wir das Bewusstsein für politische Bildungsarbeit stärken können und Menschen zum  
262 solidarischen Miteinander im Rahmen politischer

263 Bildungsaktivitäten ermutigen können. Klar ist für uns: gelebt wird politische Bildung dort, wo Mitbestimmung  
264 möglich ist. Die Demokratisierung aller Lebensbereiche ist daher eine Kernforderung für uns im Kampf für  
265 umfassende politische Bildung.

#### 266 *Mitbestimmung – überall!*

267 Im Rahmen der Kampagne werden wir darüber diskutieren, wie Schüler\*innen, Auszubildende, Studierende  
268 und Arbeitnehmer\*innen vollumfänglich an den Entscheidungen ihrer Institutionen und Unternehmen betei-  
269 ligt werden können. Unser Ziel ist die Demokratisierung unserer Wirtschaft und die Selbstverwaltung in den  
270 Schulen und Hochschulen. Doch was verstehen wir eigentlich unter Selbstverwaltung? Wie werden Entschei-  
271 dungen in demokratischen Betrieben getroffen? Wie ändert sich unser Lern-, Lehr- und Arbeitsalltag? Viele  
272 Fragen, die wir angehen wollen!

273 Dabei müssen wir uns auch über die Beteiligung ‚dieser jungen Leute‘ in Kommunen, Regionen und auf Landes-  
274 ebene Gedanken machen. Welche Beteiligungsformen gibt es jenseits von Jugendparlamenten? Wie schaffen  
275 wir landesweite und sinnvolle Vertretungsstrukturen?

#### 276 *Zeit zum Leben*

277 Bildung findet vor allem dann statt, wenn Menschen Zeit für sich und Zeit für ein solidarisches Miteinander  
278 finden. Wie Schulunterricht in diesem Kontext funktioniert, wollen wir daher grundsätzlich überdenken. Fest  
279 steht: egal ob Gemeinschaftsschule oder leider noch dreigliedrig: in unserem Schulsystem müssen alle Schü-  
280 ler\*innen Zugang zu politischer Bildung und Freiräume bekommen, diese zu praktizieren! Schule ist mehr als  
281 Mathematik- und Deutschunterricht.

282 Wir erteilen der 40-Stunden-Arbeitswoche eine klare Absage und kämpfen gegen Abermillionen unbezahlter  
283 Überstunden an – wir nehmen uns die Zeit, die wir für Mitbestimmung und Demokratie brauchen! Wir for-  
284 dern dazu auch Bildungsurlaub ein, der ausdrücklich auch für politische Bildungsarbeit, wie beispielsweise  
285 für Seminare und Seminarprogramme, vorgesehen sein soll. Klar ist für uns immer: der Kapitalismus muss  
286 überwunden werden, um politische Bildung frei von Zwängen und Ausbeutung praktizieren und umfassende  
287 Mitbestimmung verwirklichen zu können!

288 *Politische Bildung auf den Straßen und in den Parlamenten*

289 Nicht nur die Grundfinanzierung der politischen Bildungsstätten ist notwendig. Wir wollen mit kreativen Ak-  
290 tionen, unseren Social Media Accounts, Podien, Planspielen, Straßenaktionen und Demos auf unsere Anliegen  
291 aufmerksam machen. Dabei suchen wir im Sinne unserer Doppelstrategie den engen Austausch zur SPD-  
292 Landtagsfraktion und wollen auch im Landtag Initiativen für die Stärkung politischer Bildung möglich ma-  
293 chen.

294 Auch unser eigenes politisches Bildungsprogramm entwickeln wir weiter, denn wir möchten wieder mehr Mit-  
295 glieder und Interessierte zur Anmeldung bewegen. Unser Bildungsprogramm wird daher fester Bestandteil  
296 unserer Kampagne für politische Bildung sein.

### 297 **Bündnisarbeit und Vernetzung**

298 Wir Jusos kämpfen für eine bessere Zukunft für alle in einer solidarischen und gerechten Gesellschaft. Dies  
299 können wir allerdings nicht alleine tun, weshalb für uns seit jeher neben der verbandsinternen Vernetzungs-  
300 arbeit auch vor allem die verbandsexterne ein wichtiges Anliegen ist. Als gesellschaftliche Linke stehen wir  
301 tagtäglich immer mehr vor einem weiteren Rechtsruck und wir schaffen es nicht in die Richtung vorzudringen,  
302 wie wir uns unsere Gesellschaft vorstellen. Wir müssen noch entschiedener sowohl mit verbandsinternen Part-  
303 ner\*innen als auch mit unseren natürlichen Bündnispartner\*innen aus den Gewerkschaften, der AWO, den  
304 Falken, den Naturfreunden und mit Organisationen aus dem progressiv-linken Spektrum zusammenarbeiten.  
305 Hierzu werden wir unsere Kontakte weiterführen und noch weiter ausbauen und vorantreiben.

306 Wir Jusos Bayern haben in den vergangenen Monaten mit verschiedenen Arbeitsgemeinschaften der SPD ge-  
307 meinsame Anträge erarbeitet oder befinden uns in Antragsarbeiten zu den Themen Feminismus, Wirtschaft  
308 und Bildung. Diese sollen unbedingt weitergeführt und intensiviert werden. Darüber hinaus streben wir auch  
309 einen intensiveren inhaltlichen Austausch mit den anderen Arbeitsgemeinschaften der BayernSPD an.

310 Neben der Arbeit mit den AG's werden unsere inhaltlichen Sprecher\*innen verstärkt auf die entsprechenden  
311 Vertreter\*innen der Bayerischen Landtagsfraktion zugehen, um den Diskurs im Bayerischen Landtag konkret  
312 mitzubestimmen und unsere Positionen einzubringen.

313 Zudem soll das bereits gegründete Demo-Bündnis Orgateam, das gemeinsam mit der BayernSPD aufgebaut  
314 wurde, ihre Arbeit aufnehmen und gewährleisten, dass die Bündnisse in denen wir bereits aktiv beteiligt sind,  
315 jederzeit Ansprechpartner\*innen haben, die sie in ihrer Arbeit auch überregional unterstützen und vernet-  
316 zen.

317 Als Jungsozialist\*innen stehen wir für eine emanzipatorische, solidarische Gesellschaft ein, weshalb wir uns  
318 auch ganz besonders als natürlich Verbündete diverser gesellschaftlicher wie politischer Jugendverbände, die  
319 für eine emanzipierte, progressive Gesellschaft arbeiten, sehen. Unser Ziel wird es sein, mit unseren Ideen  
320 nun verstärkt auf die Zivilgesellschaft einzuwirken, aber auch unsere Bündnispartner\*innen weiter in unse-  
321 ren Verband und die Partei mit einzubeziehen. Aus diesem Grund wollen wir breiter in die gesellschaftlichen  
322 Strukturen vordringen und auch für Jugendorganisationen, wie beispielsweise die Pfadfinder (sic!), das Baye-  
323 rische Jugendrotkreuz oder die Schreberjugend verlässliche Ansprech- und Bündnispartner\*innen sein. Dar-  
324 über hinaus wollen wir auch gemeinsam mit migrantischen (Jugend-)organisationen aber beispielsweise auch  
325 LGBTIQ\*-Verbänden intensiver ins Gespräch kommen, um gemeinsame politische Forderungen in die brei-  
326 te Gesellschaft zu tragen und so für eine solidarische, progressive und emanzipatorische Politik in Bayern zu

327 kämpfen.

## 328 **Öffentlichkeitsarbeit**

329 Unsere Gestaltungsfähigkeit hängt nicht nur von guten Ideen ab, sondern auch von der Art und Weise, wie wir  
330 diese kommunizieren und verbreiten. Entsprechend müssen wir uns nicht nur als linker Gegenpol zu neoli-  
331 beralen Kräften positionieren, sondern auch als diese Instanz in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.  
332 Daher kommt der Öffentlichkeitsarbeit eine zentrale Rolle in der Vorstandsarbeit zu. Unser Ziel ist es dabei,  
333 die von uns gefassten Ideen, Beschlüsse und Überzeugungen unmissverständlich in der Öffentlichkeit zu plat-  
334 zieren und eine eindeutige Identifizierung mit uns zu gewährleisten. Wir sind die zentrale, linke Kraft in Bayern  
335 und als solche

336 müssen wir in der öffentlichen Debatte auch wahrgenommen werden. Wir forcieren die Verfestigung unserer  
337 medialen Präsenz sowie die Verbreiterung unserer Reichweite in den sozialen Kanälen. Innerhalb des letz-  
338 ten Jahres haben wir durch stetige Arbeit in den sozialen Netzwerken die 4.600-Follower\*innen-Marke auf  
339 Facebook und die 2.000er-Marke auf Twitter überschritten. Durch regelmäßige Posts über die Vielfalt der Ak-  
340 tivitäten und Themengebiete unseres Verbands, Abwechslung in der Art der Medien, Austausch im Verband  
341 und darüber hinaus wollen wir dies fortführen. Insbesondere der Twitter-Takeover war erfolgreich, dieser soll  
342 fortgeführt werden. Ferner erzielten auch aufgelegte Kampagnen hohe Reichweiten. Pro Quartal soll künftig  
343 mindestens eine Kampagne aufgelegt werden, entweder zu politisch aktuellen Themen oder auch zu allgemei-  
344 nen Themen. Insbesondere, weil wir dadurch Personen außerhalb unserer Filterblase erreichen konnten. In  
345 dem Zuge ist ebenso eine Kampagne zur Werbung von Neumitglieder durchzuführen. Hierbei soll eine enge  
346 Zusammenarbeit zwischen Landesverband,

347 Bezirken und Unterbezirken erfolgen. Um für einen Wiedererkennungswert zu sorgen, ist die

348 Einhaltung unseres Corporate Design selbstredend von Bedeutung. Wir wollen unsere

349 Pressearbeit weiter professionalisieren, indem wir Kommissionen stärker einbinden und Know How einholen.  
350 Die im Rahmen der Debatte um die Nachfolge des SPD-Parteivorsitzes geknüpften, medialen Kontakte werden  
351 uns dabei helfen, künftig noch häufiger in den klassischen Medien aufzutauchen. Pressemitteilungen des Juso  
352 Landesverbandes sollen zukünftig stärker für die Arbeit vor Ort genutzt werden können. Mediale Aufmerk-  
353 samkeit ist in lokalen Medien leichter zu erzielen als auf überregionaler Ebene. Wir werden daher vermehrt  
354 Pressemitteilungen für die lokalen Gliederungsebenen zur Verfügung stellen. Diese sollen als Vorlagen genutzt  
355 und regionalisiert an die lokalen Medien weitergeben werden. Um die Arbeit der lokalen

356 Untergliederungen außerdem zu stärken und professionalisieren, soll ein Konzept (insbesondere zu Design  
357 und Pressearbeit) erarbeitet werden, das an diese weitergegeben werden kann. Zur Unterstützung sollen au-  
358 ßerdem noch Rufseminare in diesem Themenbereich durchgeführt werden. Zu einer guten Öffentlichkeitsar-  
359 beit gehören für uns Jusos Bayern auch eigene Publikationen. Neben verschiedenen Informationsmaterialien  
360 zu unterschiedlichsten Themen werden wir auch im kommenden Jahr uns wieder der Faust widmen wollen.  
361 Uns ist es wichtig, dass neben Fachartikeln aus verschiedenen Themenbereichen auch das Verbandsleben dar-  
362 gestellt wird. Mittlerweile erscheint die Faust auf einer eigens dafür eingerichteten Rubrik auf unserer Seite.  
363 Künftig soll diese quartalsmäßig und themenspezifisch als PDF erscheinen und auch per Mail an alle Mitglieder  
364 versendet werden. Hierfür soll eine schlichte Designvorlage erstellt werden. Trotz der stetig digitaler werden-  
365 den Welt ist es uns wichtig, dass „Die Faust“ zumindest in dieser Form erhalten wird.

## 366 **Politische Bildung**

367 Die Jusos Bayern sind schon immer ein Verband, der viel Wert auf die politische Bildung und Schulung der eige-  
368 nen Mitglieder gelegt hat. Auch in unserem kommenden Vorstandsjahr werden wir unser Seminarprogramm  
369 und unsere Angebote aufrechterhalten. Einerseits möchten wir auf bewährte Formate setzen, andererseits  
370 aber auch eine Evaluation vornehmen und uns darüber Gedanken machen, ob wir neue Formate – ob inhaltlich  
371 oder organisatorisch – ins Leben rufen können. Fakt ist: Das Vermitteln unseres demokratisch-sozialistischem  
372 Grundverständnisses bleibt Priorität 1.

## 373 **JSAG:**

374 Die Juso-Schüler\*innen- und Auszubildendengruppe Bayern stellt eine bedeutende

375 Vorfeldorganisation an den bayerischen Schulen und Berufsschulen dar. Besonders erfreulich ist, dass die

376 JSAG Bayern immer aktiver wird und eigene Veranstaltungen plant. Der Landesvorstand begrüßt die inhaltlich  
377 ausgewogene Ausrichtung der JSAG, die sich sowohl mit der Schulbildung als auch in besonderem Maße mit  
378 Berufsausbildung befasst, ausdrücklich. Der Landesverband wird die Arbeit der JSAG in diesem Sinne weiterhin  
379 gerne unterstützen.

380 **HSG:**

381 Die Juso Hochschulgruppen sind eine wichtige Organisation für viele Studierende, die sich politisch an ihren  
382 Hochschulen engagieren wollen. Zusammen mit den den HSGn kämpfen wir für die verfasste Studierenden-  
383 schaft, um Studierenden die Möglichkeit zu vereinfachen, ihre Hochschulen zu gestalten. Die Studierenden-  
384 vertretung soll dadurch nicht nur eine juristische Person werden, sondern ihre Stimme mehr Gewicht im uni-  
385 versitären Betrieb bekommen.

386 Zusätzlich muss in den Universitäten der Betreuungsschlüssel verkleinert werden, damit die Qualität der Lehre  
387 sich verbessern kann. Um dies zu unterstützen, kämpfen wir zusammen mit den Hochschulgruppen unter  
388 anderem für eine ausreichende Finanzierung aller Hochschulen.

389 **Bundesebene:**

390 Die Jusos Bayern sind auch auf Bundesebene weiterhin ein tragender Pfeiler. Seit dem

391 Bundeskongress 2019 haben wir das erste Mal seit vielen Jahren wieder zwei stellvertretende Bundesvorsitzen-  
392 de. Anna Rasehorn und Seppi Parzinger leisten dort eine inhaltlich starke und zeitintensive Arbeit. Im nächsten  
393 Jahr wollen wir auch weiterhin die inhaltlich treibende Kraft des Bundesverbands sein. Wie auch in den hin-  
394 ter uns liegenden Jahren wollen wir unsere Anträge auf Bundeskongresse beschließen, unsere Freundschaften  
395 in die anderen Landesverbände weiterhin pflegen und durch unsere konstruktive und starke Mitarbeit  
396 in den Projekten des Bundesverbands weiterhin beweisen, dass Bayern ein inhaltlich starker Landesverband  
397 ist.

398 **BTW:**

399 Die Gestaltung der SPD liegt in unserer Verantwortung. Sowohl vor Ort und innerhalb der Partei, als auch  
400 innerhalb der Parlamente. In den letzten Jahren haben wir in gewohnt kritischsolidarischer Art und Weise die  
401 Mandatsträger\*innen aller möglichen Fraktionen begleitet.

402 Jedoch sehen wir es ebenso in unserer Verantwortung, langfristig das politische Geschehen mit zu beeinflus-  
403 sen. Unser Ziel muss es sein, auch Jusos in die Parlamente zu bringen. Die Listenreihung der bayerischen SPD  
404 hat bereits stattgefunden, wir sehen es als unsere Pflicht an, unsere JusoKandidierenden mit Hard- und Soft  
405 Skills, mit der Aufmerksamkeit und Unterstützung

406 auszustatten, die sie benötigen. und mit ihnen darum zu kämpfen, in den Bundestag einzuziehen. In Zusam-  
407 menarbeit mit der Bundesebene werden wir ein Bundestagswahlprogramm und kampagne erstellen und mit  
408 Leben füllen.

# F Feminismus und Gleichstellung

## F Feminismus und Gleichstellung

---

F-1	Jusos Bayern Landesvorstand	Gendern in der Schule – ist das erlaubt?	12
-----	--------------------------------	--	----

---

# F-1

**Titel** Gendern in der Schule – ist das erlaubt?

**Antragsteller\*innen** Jusos Bayern Landesvorstand

**Adressat\*innen**

---

## Gendern in der Schule – ist das erlaubt?

- 1 "Gendern ist zum Kotzen.", so oder so ähnlich gerät das Gendern immer wieder unter Beschuss.
- 2 Gendern ist aber unserer Meinung nach besonders wichtig, um alle Gruppen in unserer Gesellschaft einzu-  
3 beziehen, vor allem auch solche marginalisierte Gruppen, die durch das generative Maskulinum viel zu lange  
4 ausgeschlossen wurden. Eine inklusive Sprache ist deshalb Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft. Dass  
5 aber Sprache gelernt und reflektiert werden muss steht außer Frage. Dies lässt sich besonders gut in Bildungs-  
6 einrichtungen umsetzen.
- 7 **Gendern in der Schule**
- 8 Bisher herrscht aber noch keine Einigkeit ob, und wenn ja wie gegendert werden soll. Um Schüler\*innen und  
9 Pädagog\*innen eine Hilfestellung zu geben wollen wir einheitliche verbindliche Richtlinien und Grundsätze  
10 diesbezüglich für alle Bildungseinrichtungen.
- 11 Unsere Forderungen lauten deshalb wie folgt:
- 12 Gendern wird in den Lehrplan aufgenommen. Gendern muss sowohl als übergreifendes Bildungs- und Er-  
13 ziehungsziel gelten, als auch ganz konkret in einzelnen Fächern implementiert werden, als Kompetenz geübt  
14 (beispielsweise in Deutsch und allen Fremdsprachen), aber auch als Thema mit gesellschaftlicher Relevanz  
15 diskutiert werden (Deutsch, Ethik)
- 16 Gendern in Bildungseinrichtungen wird gefördert und darf unter keinen Umständen zu einer schlechteren  
17 Bewertung führen. Gleichzeitig wollen wir aber auch das Fehlen von Gendern in Produkten von Schüler\*innen  
18 nicht negativ bewerten. Ziel ist, auf Gendern und dadurch auf unsere vielfältige Gesellschaft hinzuweisen und  
19 ihre Akzeptanz zu fördern.
- 20 Das Geschlecht, als Charakter unterscheidendes Kriterium lehnen wir ab. Wir fordern viel mehr einen stärkeren  
21 Fokus auf Diversität. Das Geschlecht darf nicht durch Pädagog\*innen überbetont werden und so zu größeren  
22 Differenzen zwischen den Schüler\*innen führen. Denn diese Unterschiede münden schlussendlich auch in  
23 der Gesellschaft. Gerade im Sportunterricht wird aber stark zwischen zwei Geschlechtern unterschieden, das  
24 halten wir für unnötig. Geschlechtergetrennter Unterricht ist unserer Meinung nicht mehr zeitgemäß, da dies  
25 in keiner Weise die Geschlechtsidentität aller Menschen anerkennt. Weil wir im Allgemeinen auch gegen die  
26 Benotung im Sportunterricht sind,(ja grundsätzlich ganz gegen Benotungen durch Zahlen/ Ziffern) kann ein  
27 angenommenes unterschiedliches Leistungsvermögen nicht als Gegenargument gelten.
- 28 Um geschlechtergerechte Bildung zu ermöglichen ist auch die Verwendung von gegenderten Materialien wich-  
29 tig. Hier sollen die Schüler\*innen erste Erfahrungen mit dem Gendern machen und so daran gewöhnt werden.  
30 Die Lehrkraft dient hier als Vorbild und soll deshalb Texte in geschlechtergerechter Sprache verwenden. Bei  
31 der Auswahl von Schulbüchern soll in Zukunft Gendern als weiteres Kriterium gelten. Für Kinder mit Lese-  
32 Rechtschreibschwäche oder ohne ausreichende Sprachkenntnisse müssen Konzepte entwickelt werden, wie  
33 Gendern und gegenderte Texte vermittelt werden können.
- 34 **Gendern in der Lehrer\*innen Ausbildung**
- 35 Da wir aber der Überzeugung sind, dass Lehrkräfte und Pädagog\*innen selbst zuerst an das Gendern heran-  
36 geführt werden müssen, fordern wir auch in der Lehrer\*innenausbildung fundamentale Änderungen:

- 37 Ein Pflichtkurs, der von Studierenden aller Schularten besucht werden muss, in dem die Grundlagen des Gen-  
38 derness vermittelt und als Empfehlung für die spätere Lehrtätigkeit dargestellt werden. Auch die Dozierenden  
39 sollen sich durch Fortbildungen professionalisieren.
- 40 Die Reflexion der eigenen Lehrperson und die Evaluation der eigenen Stärken, Schwächen und  
41 Fähigkeiten nimmt einen bisher zu geringen Teil der Ausbildung von Lehrkräften ein. In diesem  
42 Bereich muss noch mehr Fokus auf die Reflexion und Überprüfung der eigenen Rollenbilder und Vorurteile ge-  
43 legt werden. Es soll, wie zuvor angemerkt, eine Überbetonung von Geschlechtern und angenommenen Unter-  
44 schieden vermieden werden. Dies ist nur möglich, wenn sich die Lehrkräfte über die dadurch transportierten  
45 Vorurteile im klaren sind und ihnen entgegenwirken können. Besonders die Auswahl geeigneter Materialien  
46 muss geübt werden.
- 47 Abschließend möchten wir nochmals die Bedeutsamkeit des Genderns als Ausdruck und Begrüßung einer  
48 inklusiven, diversen Gesellschaft betonen. Hier muss erneut betont werden, dass wir Gendern keineswegs  
49 als MUSS für alle ansehen, aber seine Verbreitung als begrüßenswerte Entwicklung. Auf eine allgegenwärtige  
50 Verwendung des Gendern hoffen wir perspektivisch.

# I Internationales und Frieden

## I Internationales und Frieden

---

I-1	Jusos Oberbayern Demokratie und Freiheit für Belarus!	15
I-2	Gegen Covid und vor der nächsten Pandemie: Impfstoffsicherheit global garantieren!	18

---



<b>Titel</b>	Demokratie und Freiheit für Belarus!
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Oberbayern
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz

---

## Demokratie und Freiheit für Belarus!

- 1 Seit dem 20. Juli 1994 ist Aljaksandr Lukaschenko der belarussische Präsident. Nach seiner Wahl hebelte er die  
2 Demokratie aus und regiert das Land de facto als Alleinherrscher.
- 3 Und nun, seit dem Sommer 2020, blickt die ganze Welt erneut auf Belarus. Eine Diktatur im Deckmantel der  
4 Demokratie. Ein Präsident, der mit Gewalt seine Macht behalten möchte und Bürger\*innen, die sich mutig und  
5 selbstbewusst für ihre Rechte einsetzen.
- 6 Seit den Präsidentschaftswahlen 2020 in Belarus, ist hier nichts mehr wie es war. Bereits vor der Wahl gingen  
7 die Menschen auf die Straße, um gegen den Staat und den Herrscher Lukaschenko zu demonstrieren. Doch  
8 danach kam es noch schlimmer. Denn es war eine Wahl, die ohnehin nur zum Schein existierte. Es war eine  
9 Wahl, die geprägt war von der Verhaftung politischer Gegner des amtierenden Präsidenten Aljaksandr Luka-  
10 schenko. Es war eine Wahl, der man kurz darauf Manipulation nachweisen konnte. Und dennoch ließ er sich  
11 im Anschluss der Wahl selbst zum Präsidenten vereidigen.
- 12 Und dennoch: Lukaschenko ist immer noch der Präsident der Republik Belarus. Genau deshalb gehen dort  
13 auch seit dieser Wahl tausende von mutigen Menschen auf die Straße, um der Welt ein Zeichen zu setzen.  
14 Sie zeigen uns, dass sie es satt haben unter dem Deckmantel einer Demokratie von einem Diktator regiert  
15 zu werden! Sie demonstrieren Tag für Tag mit dem Bewusstsein, dass sie jeden Moment durch die Polizei  
16 festgenommen werden könnten. Es wird von vielfachen Festnahmen, massiver Gewalt und Folterungen, ins-  
17 besondere im Minsker Isolationszentrum
- 18 „Okrestino“ gesprochen. Laut dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für  
19 Menschenrechte gibt es Berichte von über 450 dokumentierten Fällen von Folter und  
20 Misshandlungen seit dem Tag der Präsidentschaftswahl. Hierzu zählen auch sexueller Missbrauch und Verge-  
21 waltungen.
- 22 Auch die Pressefreiheit wurde in Belarus untergraben. Die meisten Printmedien und auch das Fernsehen sind  
23 hier in der Hand des Regimes. „Reporter ohne Grenzen“ berichten, dass kritische Informationen über die Lage  
24 in Belarus gerade seit August 2020 zu unterdrücken versucht werden. Unabhängige Berichterstatter\*innen  
25 kommunizieren durch das Internet oder aus dem Exil.
- 26 In der Rangliste der Pressefreiheit liegt Belarus auf Platz 158 von 180. Bereits hunderte Journalist\*innen wur-  
27 den festgenommen oder schon zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Und das ist nicht verwunderlich, denn  
28 gerade das jüngste Beispiel um die Festnahme vom 26-jährigen
- 29 Blogger und Journalist Roman Protasewitsch und seiner Freundin Sofia Sapega zeigt es ganz deutlich, mit welch  
30 eiserner Faust Lukaschenko freie Meinungsäußerung unterdrückt. Die am 23.05.2021 erzwungene Landung  
31 des Ryanair-Flugzeuges, in dem sich Pratasewitsch und Sapega befanden, durch belarussische Kampffjets ist  
32 eine unverhältnismäßige und vor allem unmenschliche Art des Machtmissbrauches!
- 33 Reaktionen der EU und gefasste Beschlüsse
- 34 Die EU und auch Deutschland haben zu Beginn der großen Demonstrationen im Anschluss zur

35 Präsidentschaftswahl 2020 nur zugeschaut. Erste Reaktionen kamen aus Litauen, dessen Außenminister am  
36 Tag des Verschwindens der belarussischen Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja als Erster seine  
37 Sorge um ihre Sicherheit kundtat.

38 Mittlerweile kamen nun auch seitens des Europäischen Rates Beschlüsse und Sanktionen gegen  
39 Lukaschenko und seine Regierung. Bereits einen Tag nach der Zwangslandung des  
40 Passagierflugzeugs von Ryanair, am 24. Mai 2021, einigten sich die 27 Staats- und  
41 Regierungschef\*innen der EU-Mitgliedsländer auf die sofortige Freilassung des Journalisten und  
42 Bloggers Raman Pratasewitsch, sowie seiner Begleitung Sofia Sapega. Europäische Fluggesellschaften sind  
43 dazu angehalten, den belarussischen Flugraum zu vermeiden und belarussischen Fluggesellschaften ist es  
44 nicht gestattet, den EU-Luftraum zu passieren und auf EU-Flughäfen zu landen. Sanktionen gegen belarus-  
45 sische Personen und Organisationen wurden ausgeweitet und die internationale Zivilluftfahrt-Organisation  
46 dazu aufgefordert, diesen beispiellosen und inakzeptablen Vorfall dringend zu untersuchen. Weitere geziel-  
47 te wirtschaftliche Sanktionen sollen ebenfalls eingeleitet werden. Außerdem bekundet die EU ihre Solidarität  
48 mit

49 Lettland, dessen Diplomaten\*innen aus Belarus ausgewiesen wurden, nachdem ein Streit über das Hissen der  
50 belarussischen Oppositionsflagge in der lettischen Hauptstadt Riga entstanden war.

51 Auch die NATO verurteilte am 26. Mai 2021 mit einem offiziellen Statement die Zwangslandung und nannte  
52 diese einen "inakzeptablen Akt, welcher ernsthaft die geltenden Normen der zivilen  
53 Luftfahrt verletze und das Leben der Passagier\*innen und Crewmitglieder in Gefahr gebracht hat".

54 Die NATO fordert die umgehende Aufklärung des Vorfalls, sowie die sofortige Freilassung von Pratasewitsch  
55 und Sapega. Die Inhaftierung Pratasewitsch sei ein Angriff auf Pressefreiheit und legitimen politischen Dis-  
56 sens.

57 Positionierung der Jusos Bayern: Solidarität mit den Menschen in Belarus!

58 Die Gefahren, die Alexander Lukaschenkos Handeln mit sich bringt, sind verheerend für die belarussische Be-  
59 völkerung und schlagen inzwischen hohe Wellen. Seit nunmehr fast drei Jahrzehnten untergräbt Lukaschenko  
60 demokratische Grundwerte, wie etwa das Recht auf freie Wahlen, die Meinungs- und die Pressefreiheit und  
61 unterdrückt die Bürger\*innen seines Landes durch seine autokratische und diktatorische Staatsführung. Mit  
62 Taten wie der Zwangslandung des Ryanair-Passagierflugzeugs vom 23. Mai festigt Lukaschenko weiter die  
63 Diktatur in Belarus. Die Europäische Union, und allen voran Deutschland, dürfen nicht beinahe tatenlos mit  
64 ansehen, wie eins ihrer Nachbarländer der autoritären Machtausübung eines Mannes verfällt. Die EU muss  
65 weiterhin entschieden und geschlossen Druck auf Belarus' Machthaber und das Regime ausüben um zu ge-  
66 währleisten, dass die Stimme aller im Land gehört wird und eine legitime und gerechte Demokratie eingeleitet  
67 wird. Die EU definiert sich selbst als eine Werteunion für Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit. Diese  
68 Werte dürfen nicht an der polnischen, lettischen oder litauischen Grenze erlöschen.

69 Die Jusos unterstützen die bisher gefassten Beschlüsse der EU, fordern jedoch eine klare und deutliche Solida-  
70 risierung mit der Opposition in Belarus und dessen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja, die seit den  
71 manipulierten Wahlen im August 2020 öffentlich protestieren. Die Proteste haben zu einer Welle von Inhaftie-  
72 rungen von Demonstrant\*innen und Journalist\*innen geführt, wovon eine Vielzahl bis heute noch nicht frei-  
73 gelassen wurden. Fälle von willkürlichen Inhaftierungen von Zivilbürger\*innen sind ebenfalls bekannt.

74 Ein wichtiger Schritt für die Stärkung der Opposition ist, dass Deutschland und anderer europäischer Länder  
75 relevante Verhandlungen künftig mit der Oppositionsführung anstelle von Lukaschenko führen, um dessen  
76 Regime öffentlich die Legitimität zu entziehen.

77 Außerdem müssen Wirtschaftssanktionen deutlich ausgeweitet werden auf europäische Unternehmen, die  
78 Handel mit Belarus betreiben und damit indirekt Lukaschenkos Regime finanziell unterstützen. Ebenso muss  
79 mehr für die Zivilgesellschaft getan werden, die dem Regime ausgeliefert ist. Die politische Bildung im In-  
80 land muss auf- und ausgebaut werden, es braucht Auslands-Stipendien für belarussische Student\*innen, die  
81 aufgrund ihres politischen Protests gegen die Regierung von ihren Universitäten exmatrikuliert wurden, und  
82 Soforthilfefonds für belarussische Bürger\*innen z. B. im Fall von Arbeitslosigkeit infolge der Proteste oder von

83 Krankheit infolge von Folter und Misshandlung in Haft. Außerdem müssen weitere VisaErleichterungen für  
84 Leute, die das Land aufgrund von politischer Verfolgung verlassen wollen, veranlaßt werden.

85 Auf lange Sicht werden Sanktionen allerdings nicht das Allheilmittel sein. Die Einschränkung des  
86 Flugbetriebs innerhalb des belarussischen Luftraums, sowie die Hinderung von Überflügen des EU-Luftraums  
87 seitens belarussischer Fluglinien (wovon momentan nur Belavia betroffen ist) werden Lukaschenko und sei-  
88 ne Anhänger\*innen kaum abschrecken. Diese haben wahrscheinlich in naher Zukunft nicht vor, EU-Staaten zu  
89 bereisen, da ihr Blick deutlich Richtung Russland gerichtet ist. Durch das Einfrieren von Vermögenswerten und  
90 der wirtschaftlichen Sanktionen etwa gegen die Kalisalz-Industrie, petrochemische Betriebe und dem Finanz-  
91 sektor in Belarus positioniert sich die EU zwar deutlich, jedoch werden diese Maßnahmen nicht ausreichend  
92 sein, um das Regime zum Einlenken zu bringen.

93 Zu befürchten ist eine Abwärtsspirale, in der sich Belarus immer weiter von Europa entfernt und immer mehr  
94 in die Arme von Russland und anderen Ländern läuft, die weniger hohe Standards an die Einhaltung von Men-  
95 schenrechten setzen. Zum Schutz der belarussischen Bevölkerung muss um jeden Preis versucht werden,  
96 Belarus in die europäische Wirtschafts- und Wertestruktur fester einzubinden, um somit den Übergang zur  
97 Demokratie zu begleiten. Die EU muss bessere Anreize schaffen, um für Belarus als Partner die beste Option  
98 zu werden, etwa durch das Versprechen größerer Investitionen in die belarussische Wirtschaft und besserer  
99 Bedingungen für den Personen- und Güterverkehr im Eintausch gegen die Einhaltung demokratischer Grund-  
100 sätze im politischen System. Dies ist eine bessere Option, als das Land von Europa abzuschotten und, in den  
101 Worten der Oppositionsführerin Svetlana Tichanowskaja, "dem Regime [zu] erlauben, 9 Millionen Einwohner  
102 zu Gefangenen im eigenen Land zu machen".

# I-2

<b>Titel</b>	Gegen Covid und vor der nächsten Pandemie: Impfstoff-sicherheit global garantieren!
<b>Antragsteller*innen</b>	
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesgruppe in der SPD- Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD- Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag

---

## Gegen Covid und vor der nächsten Pandemie: Impfstoffsicherheit global garantieren!

- 1 Obwohl die dritte Corona-Welle in Deutschland gebrochen wurde, ist die Pandemie global betrachtet noch  
2 lange nicht vorbei. Während in den USA bereits 40% und in der EU 20% der Menschen einen vollen Impfschutz  
3 gegen Covid-19 besitzen, sind es in Pakistan nur 1%, in Mali lediglich 0,2% und auf den Vanuatu-Inseln im  
4 Südpazifik gar nur knapp über 0%.
- 5 Afrika liegt mit etwa 0,6% vollständig geimpften Menschen weit unter dem weltweiten Durchschnitt (etwa 11%)  
6 und hat somit die niedrigste Impfquote aller Kontinente. Von den weltweit bislang ausgelieferten Impfstoffen  
7 (2 Milliarden Dosen) gingen 75 Prozent in nur zehn Länder.
- 8 Als Jusos kämpfen wir für globale Solidarität. Nicht die Rücksichtslosigkeit des Kapitals, sondern die Koopera-  
9 tion aller Menschen und Staaten sollten die globale Entwicklung bestimmen.
- 10 Deshalb kämpfen wir dafür, dass:
- 11 1. die Produktion und Verteilung der Covid-19-Impfstoffe sofort so verändert wird, dass alle  
12 Menschen auf der Welt möglichst schnell einen vollen Schutz gegen Covid-19 erhalten und  
13 zum Schutz vor der nächsten Pandemie der gesamte Impfstoff-Zyklus aus Forschung,  
Entwicklung, Produktion und Verteilung der Impfstoff-Dosen an dieses Ziel angepasst wird.

### **Corona beenden: Menschenleben vor "Geistigem Eigentum", globale Solidarität!**

Wir fordern, den Patentschutz für die Impfstoffe mindestens temporär aufzuheben, wie es das TRIPS-Abkommen der WTO rechtlich ausdrücklich erlaubt. Niemand auf der Welt darf sein Leben verlieren, weil ärmere Länder sich die Lizenzzahlungen nicht leisten können! Natürlich ist dadurch noch nicht das zur Produktion nötige Know-How und Ausgangsstoffen deshalb überall vorhanden. Aber jede Produktionskapazität, die weltweit verfügbar ist sollte auch genutzt werden dürfen.

COVAX spielt bei der weltweit gerechteren Verteilung von Impfstoffen eine zentrale Rolle, da die Initiative der WHO den gerechteren Zugang zu COVID-19-Impfstoffen und Behandlungen ermöglichen bzw. erleichtern soll. Die ursprüngliche Idee hinter COVAX, eine globale Einkaufsgemeinschaft zu bilden, ist gescheitert.

Dennoch muss COVAX akut als Mittel genutzt werden, um die Pandemie global zu beenden. Deutschland ist mit 1,5 Milliarden Euro der größte Investor in das Projekt. Zudem sind die Mittel zu knapp bemessen. Durch die Unterfinanzierung werden Impfstoff-Lieferungen an Entwicklungsländer erschwert, so sollte COVAX beispielsweise 66 Millionen Impfdosen an Afrika liefern, es kamen aber nur lediglich 19 Millionen an.

Eine globale Pandemie kann nur global bekämpft werden. Die reichen Länder müssen umgehend einen Teil ihrer Impfdosen abgeben, um ärmeren Ländern zu helfen. Zudem muss die Soforthilfe in der Logistik und

medizinischen Hilfe ausgeweitet werden, damit die Kühlketten der Impfstoffe nicht unterbrochen werden und diese funktionsfähig bei den zu Impfenden ankommen.

### **Die nächste Pandemie verhindern: Impfstoff-Zyklus grundlegend verändern**

In der Argumentation von Liberalen und Rechten spielt "privatwirtschaftliche Innovation" eine zentrale Rolle: Demnach sei Innovation ein großes Verdienst der Privatwirtschaft und des Kapitalismus. Der Staat dagegen könne nur verwalten und Infrastruktur betreiben.

Dass das nicht stimmen kann, zeigt die Pandemie: Die radikalste Innovation, die

Grundlagenforschung im Bereich der mRNA-Impfstoffe, kommt aus der staatlich-universitären Forschung. Und die Leistung der Pharma-Konzerne Pfizer oder AstraZeneca besteht nicht in der innovativen Entwicklung von Impfstoffen, sondern nur im Bereitstellen und Verwalten von Produktionskapazitäten und Kapital und dem Know-How über die behördlichen Zulassungsprozesse.

Lediglich bestimmte private Akteur\*innen verhielten sich in der Pandemie innovativ: mittelgroße private Forschungs-Laborfirmen wie die Unternehmen BioNTech (2000 Mitarbeiter\*innen), Curevac (< 1000 Mitarbeiter\*innen) oder das Jenner-Institut der privaten Universität Oxford (ca. 100

Mitarbeiter\*innen). Sie entwickelten aus den staatlich-universitären Grundlagen diejenigen CovidImpfstoffe, die anschließend von großen Pharmafirmen gekauft und vertrieben wurden.

Auch bei diesen privaten Organisationen zeigt sich aber keine klare Abgrenzung zu staatlichen

Einrichtungen: BioNTech wurde 2008 als Ausgründung aus der Universität Mainz mit finanzieller Unterstützung aus dem staatlichen Förderprogramm "Go-Bio" gegründet. Curevac ging aus einem akademischen Forschungsprojekt der Universität Tübingen hervor. Und auch die Universität Oxford in Großbritannien ist zwar als private Stiftung organisiert, funktioniert aber grundsätzlich genauso wie staatliche Universitäten.

Eine privatwirtschaftliche Organisationsform ist also keine Voraussetzung für Innovation. Innovation ist oft staatlich, manchmal auch privatwirtschaftlich organisiert. Letztlich geht es um das richtige Verhältnis von spezialisierten Arbeiter\*innen und Kapital: Unter welchen

Bedingungen können Forschungs-Kollektive innovativ arbeiten, wie Produktion im Notfall schnell skaliert werden und die Impfstoff-Dosen am Ende schnell und gerecht an alle Menschen auf der Welt verteilt werden?

### **Staatliche Grundlagenforschung sichern**

Die staatliche Grundlagenforschung ist ein globales Erfolgsmodell, das unter anderem die Durchbrüche im Bereich der mRNA-Immunreaktion hervorbrachte. Umso mehr gilt es, diese Form der Wissenschaft zu stärken und zu verteidigen: Vor Befristung und unsicheren Perspektiven für Wissenschaftler\*innen, vor Unterfinanzierung für Lehrstühle und vor dem gefährlichen Leitbild der "unternehmerischen Hochschule", die vermarktungsfähige Produkte und Anwendungen hervorbringen soll. Das anglo-amerikanische Modell der forschungsstarken Privatuniversitäten lehnen wir ab, da sich das Studium dort nur Wenige leisten können und so der Einstieg in die Wissenschaft vom Geldbeutel oder Stipendien abhängt. Zur Organisation von Hochschulen haben wir als Jusos im Bereich Bildung umfangreiche Positionen, die wir als wichtige Voraussetzung für die Grundlagenforschung halten. Neben der Organisationsform ist ein weiteres Erfolgsrezept der weltweite Dialog in der Wissenschaft. Nur wenn Wissenschaftler\*innen frei und unabhängig auch

von Regierungshandeln kommunizieren und Ideen teilen können, kann eine globale Wissensgemeinschaft entstehen.

### **Angewandte Forschung und Entwicklung auf EU-Ebene finanzieren**

Auf der Basis der Grundlagenforschung setzt die Erforschung und Entwicklung konkreter Impfstoffe auf. Oft arbeiteten die Gründer\*innen solcher angewandter Forschungslabore vorher an staatlichen Hochschulen, wie in den Fällen von Biontech oder Curevac. Die Ausgründung eines privaten Labors aus einer Universität ist mit hohen persönlichen Risiken für die Gründer\*innen verbunden. Meist kann diese nur durch staatliche Gründungsfonds finanziert werden.

Anschließend sind diese im aktuellen System vor allem auf Privatinvestitionen angewiesen. Der

Wert eines Impfstoffs bemisst sich aus Sicht privater Investor\*innen vor allem daran, wie viele

Menschen in reichen Ländern konkret von einer Infektion bedroht sind. Dagegen wird die Entwicklung eines Impfstoffs für wenige Menschen in einem armen Land vom Kapitalmarkt nicht finanziert.

Da private Investor\*innen von möglichst schneller, sicherer Rendite getrieben sind, stellt ein frühes Investment in eine Biotechnologie-Firma aus Investor\*innen-Sicht ein hohes Risiko dar. Der Corona-Impfstoff war BioNTechs erstes Produkt nach 13 Jahren Forschung; Curevac ist nach 20

Jahren noch immer nicht an diesem Punkt angelangt. Nur wenige Superreiche wie Bill und Melinda

Gates oder der SAP-Gründer Dietmar Hopp konnten und wollten dieses Risiko in der Impfstoffforschung in der Vergangenheit eingehen. Erst wenn ein Impfstoff den langen, teuren Weg bis zur staatlichen Zulassung überstanden hat, wird ein Investment für die breitere Gruppe der typischen Privatinvestor\*innen interessant.

Die bisherigen staatlichen Investitionen in der EU genügen nicht, um diese fehlenden und mit falsch strukturierten Privatinvestitionen aufzuwiegen. Die nationalen Investments in Europa im Bereich mehrerer hundert Millionen Euro (KfW, Curevac) und auf EU-Ebene (Europäische Investitionsbank, Biontech / Curevac) stehen im Vergleich zu den mehr als 3,5 Milliarden Euro, die die USA in Moderna, Johnson&Johnson, AstraZeneca und Sanofi/GSK investierte.

Daher fordern wir:

Es soll eine eigene Unterbehörde der Europäischen Investitionsbank (EIB) gegründet werden, die langfristig, nach klaren Richtlinien und in massiv höherem finanziellen Umfang als heute in die Impfstoffforschung investiert.

Die Firmen müssen dennoch in ihrer Forschung und Entwicklung sowie der gesamten operativen

Arbeit frei bleiben – vergleichbar mit den Lehrstühlen an heutigen Universitäten, die durch die Forschungsfreiheit in Art. 13 der EU-Grundrechtscharta garantiert wird

Gleichzeitig bedarf es auch keiner Patentierung mehr, um angewandte Forschung finanzieren zu können. Dennoch kann im aktuellen Patentrecht jede\*r beliebige andere ein Patent einreichen und ausnutzen. Deshalb sollte ein Patent eingereicht und dieses kostenlos oder nur zur Gegenfinanzierung Patentierungskosten lizenziert werden.

Mehrheitlich staatlich finanzierte Firmen sollen verpflichtet werden, ihre Ergebnisse zu veröffentlichen (Open Science). Zudem soll die EIB sich in dem Umfang Anteile an den Firmen sichern, die ihrem Investment entsprechen, aber gleichzeitig verpflichtet werden, ihren Anteil an der Dividende im Unternehmen zu belassen.

### **Impfstoffe vor Aneignung durch autokratische Regimes und rechte Regierungen schützen und gerecht über die WHO verteilen**

Obwohl auch die Produktion von entwickelten Impfstoffen hochspezialisiertes Know-How erfordert, spielt die größte Rolle dort die Akkumulation von Maschinen, Spezialist\*innen und Ausgangsstoffen zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Entwicklungslabors mussten deshalb

Kooperationen mit großen Pharmafirmen eingehen, um schnell die Menge produzierter Impfstoffdosen erhöhen zu können. Hierbei besteht eine Abhängigkeit der kleinen Laborfirmen von den Pharma-Großkonzernen. Die Produktionsstätten der Pharma-Firmen sind global ungleich verteilt:

So befinden sich 55 Prozent der Produktionskapazitäten für Impfstoffe in Ostasien, 40 Prozent in Europa und den USA und die verbleibenden 5 Prozent in Afrika.

Anders als die EU, die im letzten Sommer vor allem möglichst billig Impfstoffkandidaten per Vertrag einkaufen wollte, verstanden die USA unter Trump die geopolitische Bedeutung der Lage dieser Produktionsstätten. Dabei setzte Trump allerdings auf das rücksichtslose und egoistische Motto „America First“ anstatt auf eine wirkungsvolle, weltweite Pandemie-Bekämpfung durch Kooperation. Derartige aggressive Akte müssen von der Weltgemeinschaft künftig unterbunden werden, da sich die weltweite Situation ansonsten verschlimmert.

Neben dem offenen Egoismus gibt es noch eine weitere problematische Form der

“Impfdiplomatie“, die allerdings verdeckter abläuft. Dabei liefern autokratisch regierte Staaten wie China und Russland Impfstoffe an Entwicklungsländer (China etwa exportiert etwa die Hälfte seines Impfstoffs). Allerdings besteht das Ziel dieses Vorgehens eher der Verfolgung geopolitischer Interessen Russlands und Chinas als in der globaler Solidarität oder auch Profitgründen. China könnte durch den Impfstoffexport seinen Einfluss im Ausland ausweiten und eine starke Abhängigkeit der Entwicklungsländer zu China könnte internationale Beziehungen erschweren.

In der nächsten Pandemie bleiben der EU neben dem andauerndem internationalen Dialog und Apellen an Solidarität nur drei Strategien:

Zunächst muss die EU versuchen, die COVAX-Initiative vor der nächsten Pandemie zu ihrem ursprünglichen Ziel zurückzuführen: Eine globale Einkaufsgemeinschaft für Impfstoffe zu bilden, bei der die reichen Staaten einzahlen und die ärmeren weniger oder auch gar nichts. Wir fordern zudem, eine völkerrechtliche Verpflichtung zur Impfsolidarität zu schaffen.

Dennoch müssen die EU und ihre Einzelstaaten selbst möglichst viel Impfstoff produzieren.

Sollte COVAX auch in der nächsten Pandemie aufgrund des unsolidarisch und unverantwortlichen Verhaltens einiger reicher

Regierungen oder Diktaturen scheitern, sollten die Impfstoffe entweder durch EU-staatliche Firmenanteile direkt besessen oder aber frühzeitig erworben werden. Diese Kontingente werden dadurch dem Zugriff unsolidarisch und unverantwortlicher Regierungen entzogen und können anschließend einer global gerechten Verteilung zufließen.

Die EU muss die Länder des Globalen Südens dabei unterstützen, selbst

Produktionskapazitäten für Impfstoffe aufzubauen. Diese könnten davon profitieren, wenn nach dem von uns geforderten staatlichen Förderungsmodell in der angewandten Forschung künftig keine Patente mehr im Weg stehen.

# L (kein Titel)

## L (kein Titel)

---

L-1	Landesvorstand Jusos Bayern	Leitantrag #junginbayern	23
-----	--------------------------------	--------------------------	----

---

**L-1**

<b>Titel</b>	Leitantrag #junginbayern	
<b>Antragsteller*innen</b>	Landesvorstand Jusos Bayern	
<b>Adressat*innen</b>	BayernSPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag	BayernSPD-

---

## Leitantrag #junginbayern

- 1 Jung in Bayern
- 2 Seit vielen Jahren entwickeln wir Jusos Bayern die Vorstellung einer sozialistischen Welt – von einem sozia-  
3 listischen Oberfranken bis zum sozialistischen Niederbayern, ein sozialistisches Europa, auf jedweder Ebe-  
4 ne.
- 5 Weisungsrichtend für die nächsten Jahre muss die Frage sein, wie unser jungsozialistisches Bayern aussieht. Es  
6 gibt viel zu ändern und voranzutreiben und das muss unser politisches Ziel und unsere Aufgabe sein.
- 7 Unser Bayern besteht nicht nur aus München, Augsburg und Nürnberg, sondern auch aus  
8 Kulmbach, Weiden und Prien am Chiemsee. Je nach Ort unterscheiden sich die  
9 Herausforderungen, und doch sind die übergeordneten Fragestellungen vielerorts ähnlich. Wir wollen vorran-  
10 gig die Bildung, die Mobilität, den Wohnraum und die Freizeitangebote in Stadt und  
11 Land verbessern und für eine Chancengerechtigkeit und für gleichwertige, aber vor allem gute Lebensbedin-  
12 gungen in jeder Verortung Bayerns sorgen.
- 13 **Bildung**
- 14 Nicht erst die Pandemie hat gezeigt, dass das bayerische Schulsystem strukturell nicht dazu in der Lage ist, Ge-  
15 rechtigkeit und gleichen Zugang zu Bildung für alle zu schaffen. Besonders in Bayern lebt, für Europa beinahe  
16 einzigartig, die Tradition der bürgerlichen Stände im dreigliedrigen Schulsystem weiter – das Gymnasium für  
17 die Oberen, und auch nur das spielt schulpolitisch eine Rolle. Wir möchten mit dieser jahrhundertealten Unge-  
18 rechtigkeit endlich brechen. Die Bayern SPD muss wieder als die politische Kraft wahrgenommen werden, die  
19 für eine Veränderung des bayerischen Schulsystems kämpft und dabei insbesondere strukturelle Aspekte in  
20 den Blick nimmt, die die soziale Ungerechtigkeit verstärken. Wir fordern, dass die bayerische Sozialdemokratie  
21 hierfür Formate und eine Kampagne entwickelt, um die Partei mit dem Thema Bildungsgerechtigkeit zu ver-  
22 knüpfen. Basierend auf der Auswertung der Rückmeldungen zu dieser Kampagne kann die Bayern SPD dann  
23 Bündnispartner einladen, um ein Volksbegehren bis spätestens zur Landtagswahl 2023 für die solidarische  
24 Gemeinschaftsschule in Bayern zu initiieren – für die bestmögliche Versorgung mit Bildung in jeder noch so  
25 kleinen Gemeinde des Freistaates!
- 26 **Warum es höchste Zeit für die Gemeinschaftsschule ist**
- 27 Als Gymnasien etabliert wurden, sollten sie für die bürgerliche Elite des Landes ein Ort der humanistischen  
28 und kulturellen Bildung werden. Sie sollten ihre Schüler\*innen auf ein Leben in der oberen Mittelklasse, oder  
29 höher, vorbereiten. Der Aufbau eines Volksschulwesens für die Kinder der Arbeiter\*innen, Freizeitprogramme  
30 in der Natur wie die Kinderrepubliken der  
31 Falkenbewegung oder die Institutionalisierung beruflicher Bildung beweisen: Schön früh war es unsere Auf-  
32 gabe, dem Zweiklassenschulsystem etwas entgegenzusetzen. Als Sozialdemokrat\*innen und Sozialist\*innen  
33 müssen wir diese Aufgabe heute, in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts, neu definieren. Dass in Bayern  
34 nur bis zur vierten Klasse gemeinsam gelernt werden kann geht auf die Ideologie zurück, dass besonders

35 talentierte und leistungsfähige Kinder so früh wie möglich von weniger talentierten und leistungsfähigen Kin-  
 36 dern getrennt werden müssen, um ihr volles Potential auszuschöpfen. Der erfolgreiche oder nicht erfolgreiche  
 37 Übertritt kann da bereits die Zukunft von Kindern entscheiden. Allein dieser Anmaßung gegenüber Hundert-  
 38 tausender Kinder und Jugendlicher in Bayern müssen wir uns entgegenstellen und *mindestens mit der For-*  
 39 *derung einer sechsjährigen Grundschulzeit entschieden entgegnetreten.* Die Separation des Schulsystems ist die  
 40 Idee der Elitenförderung – die Starken noch stärker machen, alle anderen fallen hinten runter. Belegt wird  
 41 das durch die Situation an Mittel- und Realschulen: Lehrkräfte werden weniger bezahlt als am Gymnasium, es  
 42 mangelt oft noch stärker an Ausstattung und in der öffentlichen Debatte spielen sie praktisch keine Rolle. Be-  
 43 sonders deutlich wird die Ungerechtigkeit der Aufteilung nach der vierten Klasse, wenn man sich die Gründe  
 44 anschaut, warum die Schüler\*innen die nötigen besseren Noten für das Gymnasium bekommen haben – oder  
 45 eben nicht. Es ist der sozio-ökonomische Status der Schüler\*innen, der familiäre Hintergrund, mögliche Kin-  
 46 derarmut oder gesundheitliche Probleme, die Kinder daran hindern, in der Grundschule Spitzenleistungen zu  
 47 erzielen. Oder Lehrkräfte maßen es sich an, aufgrund subjektiver Empfindungen die nächstbessere Note nun  
 48 doch zu geben oder sie zu verweigern, falls den/die Schüler\*in nicht in der gewünschten Schulform sehen wür-  
 49 den. Gerade für Kinder mit Migrationshintergrund können dabei bereits in jungen Jahren mit Alltagsrassismus  
 50 konfrontiert werden, der dann auch noch ihre schulische Bildung und damit das künftige Berufsleben deut-  
 51 lich einschränkt oder den Schüler\*innen das Ziel ihres gewünschten Lebenswegs verwehren. Doch gehen wir  
 52 noch einen Schritt zurück: Sollten gerade Grundschulen nicht ein Ort sein, an dem Kinder die Welt entdecken  
 53 können, sich ausprobieren können? Gerade dafür bleibt kaum eine Zeit, wenn es auf das „Grundschulabitur“  
 54 zugeht. Egal ob in der vierten Klasse oder später: ein Übertritt ist für Schüler\*innen nicht zumutbar! Ohne ihn  
 55 und damit mit einer Gemeinschaftsschule ist ein gerechtes Schulsystem möglich.

## 56 **Das System der Solidarischen Gemeinschaftsschule**

57 Alle Initiativen für die Schaffung der Gemeinschaftsschule haben gemein, dass sie alle bisherigen Schultypen  
 58 unter ein Dach vereinen. In unserem Modell bleiben die ersten vier Schuljahre der heutigen Grundschule sehr  
 59 nahe. Mit dem fünften Schuljahr eröffnen sich mit jedem Jahr mehr Möglichkeiten für die Schüler\*innen, zu  
 60 wählen, welche Themen sie interessieren und mit welchen

61 Fächern sie sich intensiver auseinandersetzen möchten. Es gibt viele Modelle und Optionen, diese Wahlmög-  
 62 lichkeiten auszugestalten. Wir möchten gemeinsam mit Bündnispartner\*innen am bestmöglichen Modell für  
 63 die Solidarische Gemeinschaftsschule arbeiten, bei dem jedoch eines klar ist: Die Bedürfnisse und Lebens-  
 64 wirklichkeit der Schüler\*innen steht für uns im Mittelpunkt. Die Expertise von Pädagog\*innen, aus der ganzen  
 65 Welt, ist für uns ausschlaggebend. Viel mehr als ein Schulsystem ist die Solidarische Gemeinschaftsschule  
 66 auch ein Ort des Lebens. Das erreichen wir durch die Umstellung der Schulen auf das System der integrierten  
 67 Ganztagschule und dem Wegfall sämtlicher Hausaufgaben.

68 Alle Schulen in Bayern bieten darüber hinaus auch an:

- 69 • Kostenfreies und warmes Mittagessen,
- 70 • Kostenfreier Verleih von Freizeit- und Sportgeräten,
- 71 • Lehrmittel und Lernmaterial frei zugänglich in Schulbibliotheken, eine schulpsychologische Betreuung  
72 für alle Schüler\*innen durch die Schaffung neuer Stellen und Entlastung von Lehrkräften,
- 73 • kostenfreie international anerkannte Sprachprüfungen,
- 74 • Klassen-, Studien- und Spracherwerbsreisen mit der Möglichkeit der vollen Kostenerstattung.
- 75 • Kostenfreie digitale Endgeräte für alle Schüler\*innen, um sowohl die Medienkompetenz zu verbessern,  
76 als auch vielfältige und vielseitige Lernangebote fernab des Geldbeutels der Eltern zu ermöglichen
- 77 • Moderne digitale Infrastrukturen, welche den Ansprüchen des digitalen Lernens von heute als auch  
78 von morgen ermöglichen, Schnelles Internet für alle Schulen ohne Ausnahme!

## 79 **Gemeinsames Lernen auf ein pädagogisches Fundament stellen**

80 Die Einführung des eingliedrigen Schulsystems ist in vielen europäischen Ländern im Lauf der letzten Jahrzehn-  
 81 te geschehen. Doch selbstredend ist diese eine Reform nicht der Schlüssel zum vollkommenen und gerechten  
 82 Schulwesen. Deshalb setzen wir uns für die Solidarische Gemeinschaftsschule ein – ein Modell, das viel mehr  
 83 Aspekte umfasst als ausschließlich das Zusammenlegen von drei Schultypen. In der politischen Debatte ist es

84 leider zur Gewohnheit geworden, das Hinzufügen neuer Schulfächer als einen konstruktiven Beitrag zur Dis-  
85 kussion zu bewerten. Unser Ansatz ist ein anderer. In einer solidarischen Gemeinschaftsschule sollen Talente  
86 und Interessen geweckt und gefördert werden, eine übergroße Anzahl an Schulfächern und Lehrplänen, die  
87 es jedes Schuljahr abzuarbeiten gilt, wirken dem entgegen. Wir möchten in ein zu schaffendes Bündnis für  
88 die Solidarische Gemeinschaftsschule daher dafür plädieren, sich genau mit dem finnischen Modell ausein-  
89 anderzusetzen, das in vielen Fällen Schulfächer abgeschafft hat. Themen werden in ihren verschiedenen, bei-  
90 spielsweise geographischen, geschichtlichen, naturwissenschaftlichen und sprachlichen Aspekten, behandelt.  
91 Zwar wird es freilich immer Fächer geben, die an enge Grenzen gebunden sind, wie beispielsweise Sprach-  
92 unterricht, doch gerade hier soll es in der Solidarischen Gemeinschaftsschule viele Wahlmöglichkeiten und  
93 innovative, pädagogische Lernformen geben können, die bisher weder Zeit noch Raum an Schulen einneh-  
94 men. Das Aufbrechen der Schulfächer bietet noch weitere Möglichkeiten. Sportunterricht kann beispielsweise  
95 in Kooperation mit lokalen Sportvereinen organisiert werden und sich besser an die Vorkenntnisse und Fä-  
96 higkeiten der Schüler\*innen anpassen. Ähnliche Modelle sind in künstlerischen und musischen Tätigkeiten  
97 denkbar, die einen hohen Stellenwert an einer

98 Solidarischen Gemeinschaftsschule einnehmen sollen. Auch schaffen wir so, trotz der schwierigen  
99 Situation durch die Landesverfassung, die Möglichkeit, dass Schüler\*innen flexibler zwischen

100 Ethik, Philosophie sowie Religionslehre entscheiden können. Wir sind des Weiteren der Überzeugung, dass  
101 Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik wichtig – jedoch nicht wichtiger als alle anderen  
102 Lerngebiete auch – sind und daher nicht in dem Ausmaß überhöht werden sollen, wie es die Wirtschaftslobby  
103 gemeinsam mit der bayerischen Staatsregierung momentan vorantreiben.

#### 104 **Berufliche Bildung der akademischen Bildung gleichstellen**

105 Wir möchten in einem Bayern leben, das sich endlich von der Vorstellung verabschiedet, berufliche Bildung  
106 sei weniger wertig als akademische Bildung. Wir sind der festen Überzeugung der Gleichwertigkeit eines je-  
107 den Berufsweges und möchten ein Schulsystem, das eine gleiche und ehrliche Wahl zwischen einer starken  
108 Berufsausbildung und einem Studium für alle ermöglicht. Nach zehn Jahren der Gemeinschaftsschule soll den  
109 Schüler\*innen daher die freie Wahl stehen, ob sie in eine Berufsausbildung starten oder nach drei zusätzlichen  
110 Jahren der Oberschule (vergleichbar mit der aktuellen QPhase des Gymnasiums) an eine Hochschule gehen.  
111 Die Allgemeine Hochschulberechtigung erhält jede\*r, die\*der die Oberschule oder eine Berufsausbildung er-  
112 folgreich abgeschlossen hat. Wir möchten normalisieren, dass Menschen ihr Berufsleben für ein Studium un-  
113 terbrechen können oder auch nach dem Studium noch in eine Berufsausbildung gewechselt wird. Zusammen  
114 mit einer exzellenten Beratung und Unterstützung der Schüler\*innen in der Solidarischen Gemeinschafts-  
115 schule stellen wir sicher, dass alle den für sie am besten geeigneten Berufs- und Lebensweg einschlagen  
116 können und schaffen Optionen, sich ohne Nachteile auch umentscheiden zu können. Die Verbesserung der  
117 Beratungsangebote für Schüler\*innen muss daher Teil eines solchen Volksbegehrens werden.

#### 118 **Mit den Schulnoten fällt ein weiteres antiquiertes Element des Schulsystems**

119 Es ist absurd, das Wissen und die Lernfähigkeit aller Schüler\*innen nach den gleichen Maßstäben auf einer  
120 Skala von 1 bis 6 zu bewerten. Und doch dreht sich in Schule und damit auch beim

121 Einstieg in das Berufs- und/oder Studienleben vieles um Noten. Die Aussagekraft dieser Bewertungen kann  
122 angezweifelt werden – denn auch hier spiegeln sich vielmehr die sozialen und familiären Umstände der Schü-  
123 ler\*innen wider als das, was sie tatsächlich können. Das und der starke Ausschlag der individuellen Vorzüge  
124 der Lehrkräfte machen Noten nicht zu der objektiven und vergleichbaren Bewertung, die sie vorgeben, zu sein.  
125 Anstatt gezielt an den Stärken und Schwächen der Schüler\*innen in einzelnen schulischen Teilbereichen zu ar-  
126 beiten, werden sie mit dem Ist-Zustand ihrer Schwächen konfrontiert, bestraft und müssen gegebenenfalls um  
127 ihre Versetzung in die nächsthöhere Stufe bangen. Schüler\*innen aus sozial besser gestellten Umständen kön-  
128 nen diese Mängel womöglich mit teurer Nachhilfe abseits des Schulalltags beheben. Auch hier zeigt sich die  
129 Bildungsungleichheit im Freistaat. Noten sind jedoch nicht alternativlos, es fehlt nur an Personal und Mut, den  
130 Schüler\*innen in Zukunft ein konstruktives und persönliches Coaching zur Entwicklung der eigenen Fähigkei-  
131 ten und Talente zur Verfügung zu stellen. Schon deshalb ist es wichtig, mehr Lehrpersonal einzustellen und die  
132 Lehramtsausbildung stärker zu fördern. Das Bündnis zur Einführung der Solidarischen Gemeinschaftsschule  
133 soll ausarbeiten, wie eine Abschaffung der Schulnoten in Bayern durch die Solidarische Gemeinschaftsschule  
134 aussehen kann. Es soll auch mit in Betracht gezogen werden, welche Folgen das für Absolvent\*innen der Ge-

135 gemeinschaftsschule mit Blick auf Perspektiven außerhalb Bayerns haben würde und welche Möglichkeiten wir  
136 hier Schüler\*innen bieten können, hier nicht benachteiligt zu werden.

### 137 **Eine Gemeinschaftsschule ist nur dann solidarisch, wenn sie auch demokratisch ist**

138 Demokratie, Mitbestimmung und Emanzipation sind Grundpfeiler sozialdemokratischer und sozialistischer  
139 Bildungsbewegungen. Die Kinderrepubliken in der Weimarer Republik sollten junge Menschen an die damals  
140 noch junge Demokratie heranführen, in dem man sie selbstständig ein Sommercamp organisieren und poli-  
141 tisch leiten ließ. Sie waren ein voller Erfolg, doch ihr Geist lebt im heutigen Schulsystem nicht weiter. Wir möch-  
142 ten eine vollständige Demokratisierung des Schulwesens und den Schüler\*innen so viel Entscheidungsgewalt  
143 in die Hände geben, wie nur möglich ist. Dabei ist es essentiell, dass nicht nur formale Wahlen zu Klassenspre-  
144 cher\*innen stattfinden, sondern die Schüler\*innen in ihrem Schulalltag Zeit, Räume und pädagogisch didak-  
145 tische Unterstützung bekommen, eine Selbstverwaltung aufzubauen. Wir wollen die Demokratische Schule in  
146 Bayern verwirklichen. In geteilter Verantwortung mit den Lehrkräften entscheiden Vollversammlungen und  
147 gewählte Vertreter\*innen der Schülerinnen gemeinsam über die Belange der Schule und des Schullebens. In  
148 Gremien muss die Mitbestimmung paritätisch umgesetzt werden. Wir möchten im zu schaffenden Bündnis  
149 vor allem mit Schüler\*innen und Lehrkräften in den Dialog gehen und ein Konzept ausarbeiten, wie die De-  
150 mokratische Schule heute aussehen kann, wie Demokratie vermittelt und organisiert werden kann und wie  
151 die Solidarische Gemeinschaftsschule ein optimales Umfeld schaffen kann, Schüler\*innen zu

152 Selbstorganisation und demokratischen Mitbestimmung zu ermutigen. Klar ist: Es muss für Schüler\*innen  
153 möglich sein, verbindliche Entscheidungen mit bedeutenden Folgen treffen zu können, damit Mitbestimmung  
154 mehr ist als nur Scheinbeteiligung.

### 155 **Die Lehramtsausbildung muss mit der neuen Schulform mitgehen**

156 Bayern gehört zu den letzten Regionen in Europa, die die Lehramtsausbildung noch kaum im Rahmen des  
157 Bologna-Prozesses organisieren. Wir möchten weiter gehen – noch weiter als die Bologna-Papiere, und eine  
158 der besten Ausbildungsbedingungen für unsere zukünftigen Lehrkräfte in ganz Europa schaffen. Zunächst  
159 wird durch die Einführung der Solidarischen Gemeinschaftsschule die Unterscheidung in verschiedene Schul-  
160 typen für das Lehramt wegfallen.

161 Anstelle der bisherigen engen Vorschriften der Lehramtsausbildung soll ein neues, zweistufiges System einge-  
162 führt werden. Dabei halten wir die universitäre Ausbildung aller Lehrer\*innen für unverzichtbar. Zulassungs-  
163 beschränkungen, wie den NC, lehnen wir entschieden ab. Es müssen mehr Studienplätze geschaffen werden!  
164 Wir werden die Staatsexamensprüfungen abschaffen. Der erste Teil des Lehramtsstudiums schließt mit dem  
165 Bachelor of Education nach sechs Semestern ab und legt neben den fachbezogenen Studienanteilen einen  
166 Schwerpunkt auf die pädagogischen, psychologischen und didaktischen Aspekte. Es folgt nach vier weiteren  
167 Semestern ein an den Bachelor gekoppelter Master of Education, hier liegt der Schwerpunkt auf die fachbe-  
168 zogenen Studienanteile. Nach zehn Semestern werden Studierende als Lehrkräfte zugelassen mit Anrecht auf  
169 eine Vergütung, die den aktuellen Gymnasiallehrkräften entsprechen. Mindestens drei Praxissemester in Schu-  
170 len sind verpflichtend, in diesen Praxissemestern soll darauf geachtet werden, dass die angehenden Lehrkräfte  
171 möglichst selbstständig und direkt im Unterricht arbeiten können. Studierende können flexibel festlegen, wel-  
172 che Semester Praxissemester werden. Sie können auch gebündelt zwischen B. Ed. und M. Ed. absolviert sowie  
173 zu einem Teil im Ausland absolviert werden, ohne dass Nachteile entstehen. Praxissemester sind fest im Stu-  
174 dienverlauf eingeplant, werden mindestens mit 60% des Einstiegsgehaltes vergütet und werden pro Semester  
175 ohne weitere Prüfungsleistungen mit 30 Leistungspunkten gutgeschrieben. Auch die fachlichen Schwerpunkte  
176 müssen neu gedacht werden, wenn die klassische Struktur der Schulfächer aufgehoben werden soll. Angehen-  
177 de Lehrkräfte werden nach wie vor Schwerpunkte wählen, beispielsweise eine oder mehrere Fremdsprachen,  
178 Mathematik, Naturwissenschaften und/oder Sozialwissenschaften. Auch hier bietet die Umstrukturierung viele  
179 neue Chancen, Lehramtsstudierenden mehr Wahl und Flexibilität zu ermöglichen und gleichzeitig die Qualität  
180 der Ausbildung zu verbessern. Digitale Kompetenzen und Medienkompetenz sollen in jedem Lehramtsstu-  
181 dium eine hervorgehobene Rolle im Lehramtsstudium spielen. Auch muss die Lehrer\*innen-Ausbildung die  
182 Vermittlung diskriminierungskritischer Kompetenzen als zentralen Bestandteil beinhalten. Dies gilt zum einen  
183 für die angehenden Lehrkräfte selbst in ihrem eigenen Auftreten und Verhalten. Ebenso gilt es, die Lehramts-  
184 studierenden zu befähigen, den Schüler\*innen diskriminierungskritische Kompetenzen zu vermitteln.

185 Wir möchten gemeinsam mit dem Bündnis mit erfahrenen Pädagog\*innen und LehramtsStudierenden aus-  
186 arbeiten, wie eine Neuaufstellung des Lehramts in Bayern aussehen wird.

187 **Um die Solidarische Gemeinschaftsschule in Bayern umsetzen zu können, initiiert die BayernSPD ein**  
 188 **breites gesellschaftliches Bündnis in enger Abstimmung mit der Landtagsfraktion.**

189 Dieses Bündnis soll folgende Fragen ausarbeiten:

- 190 • Notwendige Dienstleistungen und Ausstattungen der Schule, um gleichen Zugang zu Bildung und Res-  
 191 sourcen für alle Schüler\*innen zu verwirklichen,
- 192 • Ausgestaltung von Schulfächern, Reduzierung des Leistungsdruckes und interdisziplinäres Lernen un-  
 193 geachtet der üblichen Fächergrenzen,
- 194 • Weitreichende Maßnahmen zur Gleichstellung beruflicher und akademischer Bildung durch die Über-  
 195 windung der momentanen elitären Leistungsgesellschaft,
- 196 • Kompensation möglicher Nachteile für Schüler\*innen durch unilaterale Abschaffung von Schulnoten  
 197 als Bewertungs- und Zeugnisssystem,
- 198 • Forderungen der betroffenen Gruppen zur Ausgestaltung eines demokratischen Schulsystems mit ech-  
 199 ter Mitbestimmung der Schüler\*innen,
- 200 • Erarbeitung eines Rahmens für einen angepasste Lehramtsausbildung,
- 201 • die rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen eines Volksbegehrens zur Umsetzung der von uns und von  
 202 dem zu schaffendem Bündnis.

203 Mit diesem Papier geben wir uns als Sozialdemokrat\*innen und Sozialist\*innen eine solide Arbeitsgrundlage,  
 204 mit der wir für Gerechtigkeit und Solidarität für die Schüler\*innen von heute

205 und morgen kämpfen wollen. Wir werden gemeinsam alle linken, progressiven und gewerkschaftlichen Kräfte  
 206 in Bayern mobilisieren, um unsere Vision von einer gerechten, demokratischen und solidarischen Schule auf  
 207 der Höhe der Zeit zu realisieren. Mit der

208 Solidarischen Gemeinschaftsschule sind wir gut aufgestellt für den nächsten Wahlkampf – mit ihr können wir  
 209 beweisen, dass wir in Bayern gebraucht werden und nach den vorherigen, erfolgreichen Bürger\*inneninitiati-  
 210 ven auch dieses Mal erfolgreich sein können!

## 211 **Mobilität**

212 Im Rahmen der heutigen Ausbildungslandschaft wird von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein hohes  
 213 Maß an Mobilität gefordert. Aber auch Berufsschüler\*innen sind durch die duale Ausbildung mit dem Wech-  
 214 sel zwischen Arbeits- und Schulstätte und der vermehrten Konzentration von Ausbildungszweigen mit weni-  
 215 gen Bewerber\*innen auf spezielle Berufsschulen einem immer länger werdenden Weg zur schulischen Aus-  
 216 bildungsstätte ausgeliefert. Da die dadurch entstehenden Kosten in den allermeisten Fällen von den Auszubil-  
 217 denden selbst getragen werden müssen, stellt dies einen unzumutbaren Zustand dar. Auch die Anbindung ist  
 218 Frage von Teilhabe, deshalb kämpfen wir für einen umfassenden Ausbau aller ÖPNV-Möglichkeiten in Bayern,  
 219 um diese zu sichern. Dabei setzen wir auf ein ineinandergreifenden und aufeinander aufbauendes ÖPNV An-  
 220 gebot. So beispielsweise die Anpassung der Taktung von Buslinien an die Fahrpläne der deutschen Bahn. Es  
 221 gilt insbesondere, dass Angebote an die Bedürfnisse vor Ort angepasst eingerichtet werden. Deswegen setzen  
 222 wir auf eine Mischung aus Schienenverkehr, regionalen ÖPNV Verbänden und individuellen Lösungen vor Ort,  
 223 sowie dem Fahrrad als geeignetes Mittel für kurze Strecken.

224 Nicht nur Auszubildende müssen die Kosten des Fahrtwegs selbst tragen, dies gilt auch für Schüler\*innen  
 225 ab der 11. Klasse, welchen ebenfalls die kostenlose Schulbeförderung nicht mehr gewährt wird. Nicht nur die  
 226 fehlenden Anbindungen, sondern auch hohe Ticketpreise sind Ursachen für die zu geringe Nutzung des ÖPNV.  
 227 Dabei

228 bringt diese nachhaltige Mobilität viele Vorteile, wie mehr soziale Kontakte, mehr Entwicklungsmöglichkeiten,  
 229 mehr Sicherheit und sie ist zudem umweltschonend. Deshalb fordern wir eine sozial-ökologische Wende im  
 230 gesamten Verkehrssektor! Es müssen endlich alle verbliebenen Bahnstrecken elektrifiziert werden um Diesel-  
 231 loks aus dem Verkehr zu ziehen! Außerdem müssen alle Busse auf erneuerbare Energien, wie E-Mobilität und  
 232 grünem Wasserstoff, umgestellt werden. Diese Umstellung muss sich auch auf den Individualverkehr bezie-  
 233 hen, der durch den Ausbau von Ladestationen, die finanzielle Unterstützung bei der Anschaffung von E-Autos

234 und weitere Forschung im Bereich der Akkuentwicklung gefördert werden muss. Der Ausstieg aus dem Ver-  
235 brennungsmotor ist zwingend notwendig.

236 Ein bayernweites Ticket stellt so weit mehr als nur praktische Umverteilung zugunsten der geringsten Ein-  
237 kommensbezieher\*innen dar. Gerade Azubis haben insgesamt weniger Möglichkeiten zur gesellschaftlichen  
238 Teilhabe als Studierende, die zumindest Zugang zu einem Studierendenticket in ihrer Stadt haben. Unser Ticket  
239 ermöglicht es jungen Menschen täglich kostengünstig zu pendeln und auch größere Distanzen zurückzulegen.  
240 Statt eines Flickenteppichs verschiedener Förderstrukturen, Zuschüsse und Preise brauchen wir eine einheit-  
241 liche Landeslösung, die die Landesregierung mit den Tarifparteien und anderen beteiligten Akteur\*innen, wie  
242 zum Beispiel auch den Arbeitgeber\*innen, durchsetzt. Deshalb fordern die Jusos Bayern die Einführung eines  
243 bayernweiten Schüler\*innen-, Auszubildenden- und Studierendentickets. Dieses muss Fahrten sowohl in den  
244 bayerischen Nahverkehrszügen als auch im örtlichen ÖPNV ermöglichen. Für Menschen,

245 (zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem ÖPNV, der Bahn) viele Vorteile: Mehr soziale Kontakte, mehr Entwicklungs-  
246 möglichkeiten, mehr Sicherheit und umweltschonend – jeder Kilometer, der nicht mit dem Auto zurückgelegt  
247 wird, schont dadurch die Umwelt. Ein bayernweites Ticket stellt weit mehr als nur praktische Umverteilung  
248 zugunsten der geringsten Einkommensbezieher\*innen dar. Das Ticket ermöglicht den finanziell Schwäche-  
249 ren, sich gesellschaftlich, kulturell und auch z.B. politisch besser einzubringen. Sich überall hin bewegen zu  
250 können, ist Teil gesellschaftlicher Teilhabe. An vielen Stellen sticht hervor, dass gerade Azubis insgesamt we-  
251 niger Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe haben als Studierende, die bereits ein Studierendenticket  
252 innerhalb ihrer Kommune besitzen. Das Ticket könnte dem StadtLand-Gefälle entgegenzutreten und mehr be-  
253 setzte Ausbildungsstellen durch höhere Mobilität ermöglichen. Als Flächenland gibt es in Bayern das große  
254 Problem, dass Regionen wie Augsburg, München oder Nürnberg einen großen „Überhang“ an Bewerber\*in-  
255 nen haben. Hingegen bleiben gerade in ländlichen Regionen einige Ausbildungsplätze unbesetzt. Unser Ticket  
256 würde es jungen Menschen ganz praktisch ermöglichen, täglich kostenneutral zu pendeln und auch größe-  
257 re Instanzen zurückzulegen. Statt eines Flickenteppichs verschiedener Förderungsstrukturen, Zuschüsse und  
258 Preise brauchen wir eine einheitliche Landeslösung, die die Landesregierung mit den Tarifparteien und ande-  
259 ren beteiligten Akteur\*innen, wie zum Beispiel auch den Arbeitgeber\*innen, durchsetzt. Deshalb fordern die  
260 Jusos Bayern die Einführung eines bayernweiten Schüler\*innen-, Auszubildenden- und Studierendentickets.  
261 Dies muss Fahrten sowohl in den bayerischen Nahverkehrszügen als auch im örtlichen ÖPNV ermöglichen.  
262 Für diese Personengruppe, die an der Grenze zu Bayern leben, aber in Bayern ihrer Ausbildung nachgehen,  
263 sind Übergangslösungen zu schaffen. Ziel ist es, den Weg vom Wohnort zu den Ausbildungsstätten durch das  
264 Ticket abzu decken.

265 Dies ist aber nur der erste Schritt auf unserem Weg in ein sozialistisches Bayern. Langfristig setzen wir uns für  
266 einen kostenlosen und fahrscheinlosen ÖPNV für alle ein.

## 267 **Wohnen**

268 Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Gerade in den Städten, die von arbeits- und ausbildungsbezogenen Zuzug  
269 profitieren, stellt sich für viele die Frage, ob sie sich das Wohnen in der Stadt noch leisten können. Die steigen-  
270 den Mietpreise und der finanzkräftige Zuzug setzen eine Dynamik in Gang, die zur Verdrängung der normal-  
271 und geringverdienenden Bevölkerung zu führen droht. Längst ist diese Entwicklung nicht mehr nur auf die  
272 Kerngebiete der Städte begrenzt, sondern zieht sich weit hinein in ländlichere Gebiete. Immer weitere Wege  
273 müssen für die Suche nach bezahlbarem Wohnraum in Kauf genommen werden, denn weite Teile der Region  
274 in den Verbundräumen der europäischen Metropolregionen Nürnberg-Fürth-Erlangen und München erfahren  
275 Wachstum und in vergleichsweise gut erschlossenen Lagen wird bezahlbarer Wohnraum knapp.

276 In Artikel 106 Abs. 1 der bayerischen Verfassung wird der „Anspruch auf eine angemessene Wohnung“ für je-  
277 de\*n Bewohner\*in Bayerns unter den Grundrechten geführt. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist  
278 Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Bayern muss endlich diesem Anspruch gerecht werden und für den  
279 Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sorgen. Aus diesem Grundrecht geht für uns auch die  
280 Forderung hervor, dass kein Mensch bei der Wohnungssuche diskriminiert wird. Daher braucht es weiterge-  
281 hende gesetzlich gestützte Maßnahmen, als bisher. Ein Beispiel dafür sind anonymisierte Bewerbungsverfah-  
282 ren.

283 Mit der Mietpreisbremse und dem Mietspiegel wurde in den letzten Jahren schon einiges für die Mieter\*innen  
284 erreicht. Allerdings bedürfen diese Instrumente noch weiterer Ergänzungen, um einen effizienten und sozialen  
285 Rechtsschutz zu gewährleisten.

286 Die Mietpreisbremse regelt, dass bei der Wiedervermietung von Wohnungen in Gebieten mit einem ange-  
287 spannten Wohnungsmarkt die zulässige Miete höchstens auf das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete  
288 +10% angehoben werden darf. Welches Gebiet dabei eines mit „angespanntem Wohnungsmarkt“ ist, wird  
289 von den Ländern für jeweils maximal 5 Jahre bestimmt.

290 Dadurch entsteht jedoch ein undurchsichtiger Flickenteppich mit Orten, an denen die Mietpreisbremse gilt  
291 und Orten, die ausgenommen sind. Wird fordern daher, dass die Mietpreisbremse in Bayern künftig über-  
292 all flächendeckend gilt und nicht nur in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt. Ebenso soll sich der  
293 Freistaat Bayern auf Bundesebene für Verbesserungen einsetzen. Neubauwohnungen, die erstmals vermietet  
294 werden, sind von der Mietpreisbremse ausgenommen, ebenso wie die erste Vermietung nach einer umfas-  
295 senden Modernisierung. Dies dient der Investitionsförderung und soll Neubau und Modernisierung von Woh-  
296 nungen fördern. Dabei ist klar, dass wir die Frage nach dem „ob“ einer solchen Förderung bejahen. Hinsichtlich  
297 des „wie“ fordern wir jedoch, dass diese Investitionsförderung nicht zu Lasten der Mieter\*innen geschieht, son-  
298 dern durch staatliche Investitionen und Unterstützungsmaßnahmen. Die Ausnahme von Neubauwohnungen  
299 und umfassend modernisierten Wohnungen von der Mietpreisbremse soll daher künftig nicht mehr bestehen  
300 und Investitionen stattdessen von staatlicher Seite ermöglicht werden.

301 Der Mietspiegel gibt einen Überblick über die „ortsübliche Vergleichsmiete“. Sie wird gebildet aus den üblichen  
302 Entgelten, die in der Gemeinde für Wohnraum vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und La-  
303 ge einschließlich der energetischen Ausstattung in den letzten – mittlerweile sechs – Jahren vereinbart worden  
304 sind. Dieser noch immer viel zu kurze Zeitrahmen und die Tatsache, dass im Mietspiegel nur Neuvermietungen  
305 berücksichtigt werden und nicht etwa bereits bestehende, meist wesentlich günstigere Mietverträge, kann die  
306 Realität jedoch nicht ausreichend widerspiegeln. Wir fordern daher, den für den Mietspiegel maßgeblichen  
307 Zeitrahmen über sechs Jahre auf mindestens 20 Jahre auszudehnen und im Mietspiegel nicht nur Neuvermie-  
308 tungen, sondern auch bereits bestehende Altverträge mit zu berücksichtigen.

309 Schließlich muss dem Verlust von Wohnraum durch Zweckentfremdung entgegengewirkt werden. Durch Inter-  
310 netplattformen wie Airbnb lässt sich durch eine zweckentfremdete und meist dauerhafte Nutzung als lukrative  
311 Ferienwohnung viel mehr Gewinn erzielen, als durch eine reguläre Vermietung als Wohnraum. Gleichzeitig ist  
312 die Gewerbesteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen von Gemeinden, so dass die Gefahr einer Umwand-  
313 lung von Wohnraum in Gewerbeflächen besteht. Der dringend benötigte Wohnraum wird dadurch weiter re-  
314 duziert. Um Wohnraum zu schützen und gleichzeitig die kommunale Selbstverwaltung zu wahren, sind Zweck-  
315 entfremdungen von Wohnraum nur nach Genehmigung durch die Gemeinden möglich. Dies gilt jedoch nur,  
316 wenn die jeweilige Gemeinde dies ausdrücklich durch Erlass einer Satzung geregelt hat. Ist dies nicht gesche-  
317 hen, kann der Wohnraum je nach Belieben der Eigentümer\*innen umgenutzt werden. Dadurch besteht eine  
318 Gefahr der Verdrängung von Mieter\*innen aus ihren Wohnungen wegen meist profitablerer Gewerbemiet-  
319 vertragseinnahmen oder spekulativen Leerstand sowie eine uneinheitliche und undurchsichtige Rechtslage je  
320 nach Gemeindegebiet. Wir fordern eine bayernweit einheitliche Regelung, nach der das Genehmigungserfor-  
321 dernis der Gemeinden flächendeckend besteht und die weitere Verschärfung des Strafmaßes bei Verstoß ge-  
322 gen die Regelungen der Zweckentfremdungssatzungen. Leerstehender oder zweckentfremdeter Wohnraum  
323 soll durch die Gemeinden zwangsweise wiedervermietet werden können. Dabei soll eine soziale Bindung der  
324 Mieten etabliert werden um einen etwaigen spekulativen Mietanstieg zu vermeiden.

325 Daher fordern wir:

326 > Flächendeckender Einsatz der Mietpreisbremse

327 > Streichung der Ausnahmetatbestände „möblierte Wohnung“ und „Neubau“ für die Gültigkeit der Mietpreis-  
328 bremse

329 > Weiterentwicklung des Mietspiegels, sodass dieser nicht länger den bedingten, erwarteten

330 Mietpreis der in den letzten vier Jahren neuvermieteten Wohnungen im freifinanzierten Wohnungsbau mit  
331 Ausnahme von Ausreißern darstellt, sondern durch Einbeziehung von Bestandsmieten auch im nicht gewinn-  
332 orientierten Wohnungsbau den tatsächlichen Mietpreis vergleichbarer Wohnobjekte abbildet. Zur Etablierung  
333 allgemeiner, gerichtlich anerkannter wissenschaftlicher Maßstäbe zur Erstellung eines qualifizierten Mietspie-  
334 gels ist ein Standard-Modellrahmen durch das Statistische Bundesamt zu erarbeiten, welcher als Vorlage für  
335 das

336 Erstellen von Mietspiegeln dienen soll. Ferner ist die Möglichkeit, anstelle des Mietspiegels die Vergleichsmiete

337 gutachterlich durch Mitteln der Mieten sog. vergleichbarer Objekte bei Existenz eines qualifizierten Mietspiegels zu streichen.

339 > Verschärfung des möglichen Strafmaßes für Zweckentfremdungen, Transparenz und effektive

340 Nachverfolgung und zentrale Wiederbelegung zweckentfremdeten Wohnraums unter sozialen Bindungen durch die Kommunen.

342 Eine der größten Herausforderungen in der Wohnungspolitik stellt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum dar. Die Zahl der Menschen, deren Einkünfte nicht mehr ausreichen, um die hohen Mietpreise zu bezahlen oder sich gar Wohneigentum zu erwerben, steigt stetig. Für viele Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen wird es immer schwerer, in den bayerischen Städten und Gemeinden noch bezahlbaren Wohnraum zu finden.

347 Und selbst dann, wenn nach langer Suche geeigneter Wohnraum gefunden wurde, geht ein unverhältnismäßig hoher Prozentanteil des monatlichen Einkommens für die Zahlung der Miete drauf. Die Wohnungspreise in München gehören sogar zu den höchsten in Deutschland und auch längerfristig ist auf dem Wohnungsmarkt im Freistaat mit keiner Entspannung zu rechnen. Eine zentrale Maßnahme, um gegen die Wohnungsnot in Bayern vorzugehen, ist ein Anstieg der Bautätigkeit. Daher muss in den nächsten Jahren von staatlicher Seite ein erhöhtes Engagement gezeigt werden und der Neubau vieler bezahlbarer Wohnungen mit finanziellen Mitteln gefördert werden. Dabei sind insbesondere die Kommunen bei der Schaffung oder der Ausweitung von sozial gefördertem Wohnraum im kommunalen Bestand zu unterstützen. Der Verkauf tausender GBW Wohnungen im Zuge der Pleite der Landesbank an ein privates Investorenkonsortium war ein fataler Fehler und verantwortlich für den Wegfall großer Bestände bezahlbaren Wohnraums. Die eingegangenen Sozialverpflichtungen haben sich fortlaufend als leere Versprechungen erwiesen. Wo der Freistaat nicht selber aktiv wird sollen Flächen im staatlichen Besitz den Kommunen zweckgebunden für sozialen Wohnungsbau verbilligt zur Verfügung gestellt werden. Die von der Immobilienverwaltung des Freistaates betreuten Liegenschaften sollen nicht mehr veräußert werden und nur an öffentlich-rechtliche Körperschaften oder zu 100% kommunalen Unternehmen zu einem deutlich reduzierten Preis für gemeinnützige, soziale Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

363 Insbesondere auch für Junge Menschen fehlt es in Bayern an bezahlbaren und an ihre Bedarfe angepassten Wohnraum. Hier muss staatliche Förderung ansetzen um Jungen Menschen, Student\*innen, Auszubildenden und jungen Arbeitnehmer\*innen einen Start in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Gerade ihnen fällt es oft besonders schwer sich auf dem Wohnungsmarkt überhaupt zu versorgen, sind doch häufig hohe Bürgschaften und Kautionen zu stellen sowie unbefristete Festanstellung Voraussetzung für den Zuschlag zu einer Wohnung.

369 Daher muss das Landesförderprogramm "Junges Wohnen", das die zweckgebundene Errichtung von bedarfsgerechtem Wohnraum für junge Menschen insbesondere durch kommunale und gemeinnützige Träger ermöglicht, weiter ausgebaut und in Abstimmung mit Konzepten wie dem Studierendenwerk oder einem derzeit noch in Planung befindlichen Azubiwerk stehen. Für all diese Konzepte muss der Freistaat weitere finanzielle Fördermittel unkompliziert zur Verfügung stellen.

374 . Auch müssen die Investitions- und Erhaltungskostenzuschüsse für Auszubildenden und Blockschulwohnheime durch die Landesebene wieder eingeführt und erhöht werden, um die angemessene Unterbringung von Berufsschulpflichtigen während ihrer Schulzeiten sicherzustellen.

377 Daher fordern wir:

378 > Förderung und Unterstützung der Gemeinden bei der Schaffung sozial geförderten und preisgedämpften Wohnraums

380 > Förderung von Genossenschaften und Unterstützung von Genossenschaftsneugründungen

381 > Ausbau des Förderprogramms "Junges Wohnen" für zweckgebundenen kommunalen oder gemeinnützigen Wohnungsbau

383 > Verbesserung der Ausstattung der Studierendenwerke

384 > Förderung von Projekten zur Schaffung von Wohnraum für Auszubildende

- 385 > Wiedereinführung eines Investitions- und Erhaltungskostenzuschusses für Auszubildenden- oder Block-  
386 schulwohnheime
- 387 > Den Ausbau des Diskriminierungsschutzes auch bei der Wohnungssuche. Dafür sollen die zuständigen Regie-  
388 rungen Expert\*innen-Kommissionen einsetzen, die herausarbeiten, welche Maßnahmen hierzu möglich sind  
389 – und die Ergebnisse dann auch umsetzen.

# M Migration und Integration

## M Migration und Integration

---

M-1	Jusos Unterfranken	Die Förderung für Migrant*innenorganisationen Neue Deutsche Organisationen überdenken und verbessern!	33
-----	-----------------------	---	----

---

# M-1

<b>Titel</b>	Die Förderung für Migrant*innenorganisationen Neue Deutsche Organisationen überdenken und verbessern!
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Unterfranken
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

---

## Die Förderung für Migrant\*innenorganisationen Neue Deutsche Organisationen überdenken und verbessern!

- 1 1. Strukturen und Bedürfnisse in den Förderrichtlinien wiedergespiegelt werden
- 2 2. Eine Erweiterung der strukturelle Förderung von MOs und NDOs auf Bundesebene und das Versehen
- 3 mit einem eigenen Titel beim Haushalt
- 4 3. Eine direkte Partizipation von MOs und NDOs an der Regelförderung. Nicht nur im Integrationsbereich,
- 5 sondern auch als Träger der Regelangebote der sozialen Arbeit, wo ein hohes Potenzial gegeben ist
- 6 4. Eine Finanzierung von Kompetenzzentren für MOs und NDOs. In diesen Stellen bekommen die Orga-
- 7 nisationen Hilfe bei der Beantragung von Fördergeldern und der Abwicklung von Projekten.
- 8 Der Bund soll sich an den Kosten für die Einrichtung solcher Servicestellen beteiligen. Als
- 9 Beispiel kann hier das vom BAMF geförderte House of Resources herangezogen werden
- 10 Eine Nennung von MOs und NDOs als ausdrückliche Zielgruppe der Förderung. In rund 294  
Förderprogrammen des Bundes und der Länder für Vereine und Verbände im Bereich der  
Integration, die auf der Bundesförderdatenbank zu finden sind, werden MO nur in 13 Förderprogrammen  
explizit als Antragsberechtigte benannt  
Eine Ausweitung des vom BAMF ausgehenden Programms „Strukturförderung von  
Migrantenorganisationen auf Bundesebene“, bei dem bisher nur eine kleine Anzahl an  
Organisationen beim Aufbau von Strukturen gefördert wird und das mit einer Befristung auf zwei Jahre zu  
kurz greift  
Jede vierte Person hatte 2018 einen Migrationshintergrund in Deutschland – das sind 20,8  
Millionen Menschen. Genauso wie die Bevölkerung Deutschlands ist auch die Geschichte des Landes von  
Migration geprägt. Migration ist daher kein Ausnahmefall, sondern Lebensrealität von vielen Menschen. Mi-  
grant\*innenorganisationen (MO) und Neue Deutsche Organisationen (NDO) sind so vielfältig wie die Gesell-  
schaft Deutschlands und tragen mit ihrem Engagement zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Sie sind  
ein Ausdruck einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft und fester Bestandteil der politischen  
Landschaft.  
MOs und NDOs bieten auf lokaler Ebene soziale Dienstleistungen an, führen Maßnahmen der Jugendsozialar-  
beit und Jugendhilfe durch, sind aktiv in der Gesundheitsförderung und Integration in den Arbeitsmarkt. Sie  
bieten Personen mit Einwanderungsgeschichte die Möglichkeit, ihre Anliegen zeitnah und kulturell sensibel  
zu lösen. Das wurde und wird eindrucksvoll in der Unterstützung der Menschen, die bei uns Zuflucht gesucht  
haben, gezeigt.

Viele Organisationen tragen ihre Aktivitäten auf rein ehrenamtlicher Basis – es gibt kaum Organisationen mit hauptamtlicher Struktur und wenn dann meistens nur auf Projektbasis finanziert und damit finanziell nicht längerfristig gesichert. MOs und NDOs wurden sehr lange aus der Förderung faktisch ausgeschlossen, werden auf der anderen Seite aber von einigen

Kommunen und auf Bundesebene mit allen möglichen Anfragen und Terminen überschüttet, ohne dass dabei tatsächlicher Zugang zu Ressourcen stattfindet. Viele Akteur\*innen nehmen sie nur als Zugangstor zu bestimmten Zielgruppen wahr.

Damit MOs und NDOs ihre Arbeit fortsetzen können, müssen Verantwortliche auf Bundes- und Landesebene Schritte unternehmen, um Förderstrukturen stärker für MOs und NDOs zu öffnen und ihre längerfristige Finanzierung garantieren.

# **N Netzpolitik und Digitales**

## **N Netzpolitik und Digitales**

---

N-1 Jusos Oberbayern Big Tech zerschlagen

---

36

# N-1

<b>Titel</b>	Big Tech zerschlagen
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Oberbayern
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Landeskonferenz

---

## Big Tech zerschlagen

1 Wir sind die erste Generation, die mit der Digitalisierung aufgewachsen ist. Und innerhalb weniger Jahrzehnte  
2 hat die Digitalisierung alle Lebensbereiche verändert. Die Begeisterung und Euphorie über die anarchischen  
3 Möglichkeiten der Anfangsjahre sind aber fast genauso schnell einer Art kapitalistischen Realismus gewichen.  
4 Die zentrale Frage ist nicht mehr „Wie kann man das nutzen?“ sondern „Wie lässt sich damit Geld verdienen?“.  
5 Die Kommerzialisierung der Digitalisierung hat letztendlich zu einer Beschleunigung der Ungleichheit geführt,  
6 da Geld von wenigen Menschen mit einer kleinen Infrastruktur und wenigen Beschäftigten verdient werden  
7 kann. Hinter dieser Ungleichheit steht jedoch nicht nur eine ökonomische Ungleichheit, sondern auch eine  
8 Ungleichheit an Macht. Wenige Menschen beherrschen die Algorithmen, die bestimmen zu welchen Informa-  
9 tionen wir Zugang haben, die unsere private Kommunikation überwachen und die die freie Meinungsäuße-  
10 rung im Internet regulieren. Die meisten dieser Bereiche sind für das Funktionieren einer freien Gesellschaft  
11 zentral. Gleichzeitig haben sich Monopole (Social Media, Betriebssysteme, Onlinehandel) durch die größten  
12 Firmen der Welt gebildet. Von diesen „Big Tech“-Firmen ist unsere Gesellschaft mehr oder weniger abhängig.  
13 Wir Jusos sind der festen Überzeugung, dass diese Macht und

14 Abhängigkeit von wenigen Firmen aufgebrochen werden muss. Wir glauben zum einen, dass keine Instanz in  
15 unserer Gesellschaft so viele Informationen wie „Big Tech“ über einzelne Menschen haben darf. Zum anderen  
16 sollte über Infrastruktur, die zentral für unsere Gesellschaft ist, demokratische entschieden werden. Dieser  
17 Antrag hat zum Ziel auf die Geschäftspraktiken und die Macht von „Big Tech“ aufmerksam zu machen und  
18 einen möglichen Weg zu zeigen, wie diese Macht aufgebrochen werden kann.

### 19 **Daten**

20 Die Möglichkeiten und Freiheiten der neuen Technologie der Anfangsjahre sind zunehmend von wirtschaft-  
21 lichen Interessen verdrängt worden. Nicht die Nützlichkeit der Technologie im Dienste der Menschen wurde  
22 verfolgt, sondern nur der Nutzen für die Anhäufung von Kapital.

23 Dabei ist es gelungen, eine ganz neue Verwertungslogik im Kapitalismus zu etablieren. Nicht mehr Öl, Metall  
24 oder Holz dienen als Rohstoff für die Produktion, sondern gänzlich der Mensch. Genutzt wird der Rohstoff des  
25 Verhaltens. Durch die Interaktion im Digitalen erzeugen wir einen Verhaltensüberschuss (Mehr Daten werden  
26 erhoben, als zur Verbesserung des Dienstes nötig sind). Diesen übertragen wir von außerhalb des Marktes  
27 durch nicht- marktliche Interaktion wie die Nutzung von Facebook in einen Rohstoff (Erzeugung von Daten,  
28 welche überwacht und ausgewertet werden können). Dieser wird zur Fabrikation von Produkten genutzt, in-  
29 dem das Verhalten an Werbetreibende verkauft wird. Es wird also aus dem Nichts und mit keinerlei Kosten für  
30 die Menge (Grenzkosten) ein Rohstoff erzeugt, welcher außerhalb des Marktes durch die Onlinenutzung gene-  
31 riert wird. Zu Beginn der Digitalisierung war dieser vermeintliche Rohstoff nur ein Nebenprodukt der Nutzung  
32 von z. B. Websuchen. Mittlerweile zielt die Technologie darauf ab, möglichst viele dieser Daten zu beschaf-  
33 fen. Parallel hat sich ein Marktplatz entwickelt, der das Produkt der Vorhersage und Auswertung von Daten  
34 handelt. Daraus haben sich in vielen

35 (Geschäfts- )Bereichen des Internets Monopole gebildet. Die Macht speist sich vor allem aus dem Zugriff auf  
36 Daten und der technologischen Möglichkeit, diese zu verwerten und kommerziell auszubeuten. Wir sind dabei  
37 die Mittel zu anderer Leute Zweck. Wir sind die Objekte, aus denen die Tech- Firmen unrechtlich den Rohstoff  
38 für die Produktion von Daten bezieht. Verdient wird dabei durch den Verkauf an die eigentliche Kundschaft. Wir

39 sehen in diesem Zusammenhang vor allem die Ausbeutung durch die Umwandlung unseres Lebens in Verhal-  
40 tensdaten. Dies kann auch nicht aufgewogen werden durch ein Entgelt für Nutzer\*innen, welche den Rohstoff  
41 für das System liefern. Vielmehr sehen wir Jusos die Frage der Beschneidung unserer Selbstbestimmung im  
42 Mittelpunkt. Aktuell stehen wir am Beginn eines kapitalistischen Wandels, der aus der Nutzung von

43 Onlinediensten Daten sammelt, welche Vorhersagen ermöglichen, die sich am Markt für künftiges Verhalten  
44 verkaufen lassen. Das Recht, selbst über die eigenen Daten verfügen zu können, ist für uns Jusos ein funda-  
45 mentales Recht, dass in Deutschland derzeit nicht ausreichend umgesetzt wird. Letztendlich beinhaltet dies  
46 wesentliche Punkte der Freiheit und der Selbstbestimmung: Ein Mal geäußerte Meinungen dürfen revidiert  
47 werden, sexuelle Vorlieben sollten nicht von Fremden gespeichert und kommerziell ausgebeutet werden, die  
48 Kommunikation mit Freund\*innen/ Verwandten sollte diesen vorbehalten sein und auch Bewegungsprofile  
49 (Wo geh ich wann hin, also auch sensible Dinge wie Arztbesuche) sollten nicht erhoben werden können. Und  
50 selbst wenn man damit einverstanden ist, sollte dies nur unter der Bedingung völliger Transparenz gesche-  
51 hen. Also dem Wissen, welche Daten gesammelt werden. Außerdem sollte es eine effektive Möglichkeit geben,  
52 dieses Einverständnis wieder zurückzunehmen.

### 53 **Werbung**

54 Aus dem Rohstoff Daten werden im Marktsystem Werbeinformationen generiert, die zur Monetarisierung bei  
55 vielen „Internet“-Firmen führt. Fast alle Firmen, die eine Dienstleistung „umsonst“ anbieten, finanzieren sich  
56 so.

57 Dieses Geschäftsmodell beruht auf dem Prinzip, zunächst so viele Daten wie möglich zu sammeln. Diese Da-  
58 ten werden dann zum einen für jede\*n User\*in zu einem Profil zusammengefasst, zum anderen werden aus  
59 den Daten aller User\*innen Verhaltensvorhersagen getroffen. Diese Verhaltensvorhersagen werden dann da-  
60 zu verwendet, möglichst präzise Verhaltensänderungen herbeizuführen, indem die Werbung zum Kauf eines  
61 Produktes führt. Es ist nahezu unmöglich, sich dieser Überwachung zu entziehen. Auch wenn selbst keine  
62 Google- und Facebook- Produkte verwendet werden, ist es wahrscheinlich, dass Menschen im Umfeld die-  
63 se Produkte nutzen. Dies führt dazu, dass man z. B. bei der Einwahl in dasselbe WLAN erkannt wird und die  
64 Interessen des Gegenübers vorgeschlagen bekommt.

### 65 **Um den oben aufgeführten Zustand zu verändern, fordern wir:**

66 **a) Welche Daten werden gesammelt:** Zum einen weiß der\*die herkömmliche Internetnutzer\*in nicht, welche  
67 Daten gesammelt werden. Jede Datenschutzerklärung zu lesen, übersteigt die Ressourcen und Kompetenz  
68 der allermeisten Menschen. Auch werden in den meisten Datenschutzerklärungen nur vage Blankoschecks  
69 ausgestellt, sodass prinzipiell alle Daten gesammelt werden können. Es ist jedoch oft nicht klar, welche Daten  
70 genau gesammelt werden.

71 **b) Datennutzung:** Es ist unklar, welche Schlüsse aus den Daten gezogen werden. Dies ist unethisch, da es den  
72 Menschen die Freiheit nimmt, selbst darüber zu bestimmen oder zu erfahren, auf welche Art und Weise sie  
73 spezifisch beeinflusst werden sollen. Informiertheit und Transparenz sind fundamentale Prinzipien. Google  
74 und Facebook sammeln dabei viel mehr und präzisere Daten.

75 • Ein Recht zu erfahren, welche Schlüsse aus den eigenen Daten gezogen werden.

76 • Ein Recht darauf zu erfahren wie und an wen Daten verkauft werden. Es reicht nicht zu wissen, dass  
77 Daten für Werbung verwendet werden, sondern es sollte auch klar sein, an welchen Werbenden diese  
78 verkauft werden.

79 • Widerspruchsrecht zum Verkauf der Daten.

80 **c) Speicherung der Daten:** Diese Daten werden oft in den USA gespeichert (was grundsätzlich kein Problem  
81 wäre) und entziehen sich dadurch jeglicher demokratischer Kontrolle für z. B. europäische Anwender\*innen.  
82 Aufgrund der Rechtslage in China, USA, Russland und anderen Ländern werden Daten vom Geheimdienst  
83 genutzt und abgezogen.

84 Der Ort der Server muss für Nutzer\*innen ersichtlich sein.

85 Wir fordern, dass die Datenspeicherung in Europa geschehen muss.

86 **d) Minimierungsgebot der Datenspeicherung:** Es werden bei den allermeisten Produkten alle Daten ge-  
 87 sammelt und nicht nur diejenigen, die zum Betrieb eines Produktes notwendig wären. Es gibt jedoch in den  
 88 meisten Fällen keine Möglichkeit, beim Datenschutz transparent zwischen unterschiedlichen Graden des Da-  
 89 tensammelns zu entscheiden. Da mittlerweile sehr viele Produkte Daten sammeln (sog. „Smarte Produkte“)  
 90 bleiben nach und nach weniger Möglichkeiten für Konsument\*innen, tatsächlich frei über ihren eigenen Da-  
 91 tenschutz zu bestimmen. Auch ein zeitweises „Opt-out“, also das zeitweise Unterbinden von Datensammeln,  
 92 ist in vielen Datenschutzerklärungen nicht möglich.

- 93 • Wir fordern, dass es in der Datenschutzerklärung die Möglichkeit gibt, das Datensammeln auszusetzen  
 94 oder für bestimmte Bereiche zu unterbinden.

95 **e) Abhängigkeit:** Da wir in vielerlei Hinsicht abhängig von diesen Firmen sind, da fast alle sie benutzen und An-  
 96 wender\*innen bestimmter Produkte sind, können wir nicht frei entscheiden, welche Daten gesammelt werden  
 97 und welche nicht.

- 98 • Verpflichtung der Hersteller\*innen zur Interoperabilität.

99 **f) Wer sammelt Daten:** Daten werden auch von Nicht-Anwendern\*innen gesammelt, z. B. über Cookies von  
 100 Drittanbieter\*innen oder Cookies, die in Werbung integriert sind.

- 101 • Wir fordern, dass die Weitergabe von personenbezogenen Daten an Dritte zur kommerziellen Nutzung  
 102 verboten werden soll.
- 103 • Bei der Weitergabe von Daten an Dritte, die von der bisherigen Zustimmung abweicht, muss gesondert  
 104 zugestimmt werden

105 **g) Sanktionen bei Datenschutzvergehen:** Gravierende Datenschutzverletzungen, die immer wieder durch  
 106 Skandale wie zum Beispiel Cambridge Analytica oder auch die Enthüllungen von Edward Snowden aufgedeckt  
 107 wurden. Zum Beispiel, dass große Techfirmen mit US- Geheimdiensten kooperierten. Diese haben scheinbar  
 108 keine Konsequenzen. Europäische Datenschützer\*innen und Gerichte haben wenig rechtliche Handhabe und  
 109 wenige Kompetenzen.

- 110 • Persönliche Haftung von Manager\*innen.
- 111 • Möglichkeit der Sammelklage.
- 112 • Klagerecht am Ort des Anwenders, nicht am Ort der Datenspeicherung

113 **h) Weitergabe von Daten:** Daten werden oft gehandelt und an Dritte weitergegeben. Dies ist besonders pro-  
 114 blematisch, da immer mehr Geräte Daten sammeln und so eine immer systematisiertere Überwachung statt-  
 115 findet. In Summe führen alle diese Punkte dazu, dass nach und nach das Recht auf Datenschutz ausgehöhlt  
 116 wird. Das hat nicht nur individuelle

117 Konsequenzen, sondern auch gesellschaftliche. Google und Facebook haben immer mehr Wissen über die  
 118 Gesellschaft und gesellschaftliche Prozesse. Dieses Wissen wird dabei einzig und alleine zur kommerziellen  
 119 Ausbeutung genutzt. Dabei kann dieses Wissen auch für die Beeinflussung von Wahlen verkauft werden. Nach  
 120 und nach werden mehr Daten erschlossen. Für uns ist klar, dass Daten nur zur Verbesserung der Anwendung  
 121 genutzt werden dürfen.

122 **Wir Jusos fordern darüber hinaus:**

- 123 • Das Datenrecht soll sich auf die geographische Lokalisierung des\*r jeweilige\*n Anwender\*in beziehen  
 124 und nicht auf die geographische Lokalisierung des Anbieters.
- 125 • Erweiterung des Datenschutzes: Grundsätzliches Recht, nicht nur zu wissen, welche Daten gespeichert  
 126 werden, sondern auch welche Schlüsse aus den eigenen Daten erhoben werden; Diese Informationen  
 127 müssen jederzeit zur Verfügung gestellt werden; Jeder einzelne „Schluss“ über eine Person muss von  
 128 der Person unterbunden werden können.
- 129 • Eine strengere Haftbarmachung von Manager\*innen und verantwortlichen Personen, bis hin zu Frei-  
 130 heitsentzug bei großen Datenschutzverletzungen.

- 131 • Die Einführung von Sammelklagerechten und Schadenersatzforderungen bei Datenschutzbruch. Die  
 132 Schadenersatzforderungen sollten sich am möglichen Gewinn durch illegale Datenerhebung orientie-  
 133 ren. Da auch kleine Datenschutzverletzungen (für das Individuum) enorme kommerzielle Auswirkungen  
 134 haben können
- 135 • Verbot der Sammlung von Daten, die nicht nutzungsbezogen sind.

### 136 **Große Tech-Firmen zerschlagen**

137 Plattform- Unternehmen sind Unternehmen, die eine Infrastruktur anbieten um Nutzer\*innen mit  
 138 Anbieter\*innen zu verbinden. Sie treten als Vermittler\*innen auf und bieten eine (digitale)  
 139 Infrastruktur an. Beispielsweise vermittelt Facebook Kommunikation zwischen zwei Menschen, Google vermit-  
 140 telt Informationen, Amazon Kaufgeschäfte. Allen Plattformen ist gemein, dass sie nahezu uneingeschränkt das  
 141 Monopol über die jeweilige Vermittlung innehaben. Während der Kapitalismus immer eine Tendenz zum Mo-  
 142 nopolkapitalismus hat, sind die digitalen Plattform- Unternehmen Monopolkapitalismus auf Steroiden. Platt-  
 143 form- Unternehmen werden in der Regel erst ab einer gewissen Größe (Skaleneffekt) bzw. Anzahl von Nut-  
 144 zer\*innen (Netzwerk- Effekt) profitabel. Das heißt: Erst wenn viele Menschen auf einer Social- Media- Platt-  
 145 form sind, wenn viele Pakete verschickt werden oder viele Daten gesammelt werden, können Vorteile und  
 146 Gewinne erzielt werden. So kommt es, dass Amazon fast den kompletten Onlinehandel kontrolliert,  
 147 Facebook nahezu unsere gesamte Onlinekommunikation und Google unseren Zugang zu  
 148 Informationen. Dabei werden nicht nur gigantische Gewinne erzielt, sondern befinden sich große Teile an  
 149 kritischer Infrastruktur und Wissen in den Händen weniger Firmen. Die Monopolstellung wird dabei u. a. durch  
 150 folgende Methoden missbraucht.

151 **a) Flaschenhals-Effekt:** Auf einem Bildschirm können nur eine begrenzte Anzahl an Informationen dargestellt  
 152 werden und die Nutzer\*innen haben eine begrenzte Zeit. Die Platzierung und Priorisierung von Resultaten  
 153 haben einen wesentlichen Einfluss auf Klickzahlen.

154 Die meisten Plattform- Unternehmen sind selbst auch Anbieter\*innen von Produkten, welche auf den eigenen  
 155 Plattformen bevorzugt platziert werden können. Beispielsweise konkurrieren App- Anbieter\*innen oftmals mit  
 156 hauseigenen Dienstleistungen von Apple und Google, sind aber gleichzeitig auf den App- Store von iOS oder  
 157 Android angewiesen. Sie sind hier als

158 Fremdanbieter\*innen Konkurrent\*innen und Kund\*innen gleichzeitig. Neben der systematischen  
 159 Besserstellung der eigenen Anwendungen gibt es darüber hinaus den Tech- Firmen die  
 160 Möglichkeit, erst mit den Konkurrent\*innen zusammenzuarbeiten, die Innovationen und das

161 Wissen zu sammeln und diese dann zu verdrängen. Besonders besorgniserregend sind die Entwicklungen  
 162 im Bereich Cloud- Computing, welches sich zunehmend auf wenige große Anbieter und Plattformen zentra-  
 163 lisiert. Hier bahnen sich ähnliche Konflikte im Kampf um das Monopol an. Es ist davon auszugehen, dass die  
 164 Nutzer\*innen dabei das Nachsehen haben werden.

165 **b) Kopieren von Ideen:** Den Monopolisten können neue Netzwerke nur durch ein innovativeres Angebot ge-  
 166 fährlich werden. Es ist üblich, dass die Giganten Start- ups aufkaufen, bevor sie eine kritische Größe erreichen.  
 167 Ist ihnen das nicht möglich, kann es auch sein, dass Features geradeweg kopiert werden. Ein Beispiel dafür ist  
 168 die Übernahme des Markenzeichens der Konkurrenz- App SnapChat durch Facebook. Die Möglichkeit Bilder,  
 169 die nach kurzer Zeit wieder verschwinden, wurde auf alle Anwendungen des Facebook- Konzerns (WhatsApp,  
 170 Instagram, Facebook) ermöglicht.

171 **c) Wettbewerber\*innen zur Kooperation zwingen:** Durch die Monopolstellung können Plattform- Unter-  
 172 nehmen Wettbewerber\*innen zwingen zu kooperieren, um nicht Nachteile in Kauf zu nehmen. So steht die  
 173 Restaurantbewertungs- App Yelp in der Kritik, weil sie die Bewertungen für Restaurants, welche Geschäfts-  
 174 kunden sind, besserstellt. Dies wird vom Unternehmen auch so an Restaurantbesitzer\*innen kommuniziert.  
 175 Mutmaßlich sollen Restaurants durch vornehmlich schlechte Bewertungen zur Kooperation gezwungen wor-  
 176 den sein. Diese Geschäftspraktiken sind nicht weniger als erpresserisch.

177 **d) Aufkaufen von konkurrierenden Firmen:** Neben dem Aufkaufen der direkten Konkurrenz nutzen die  
178 Konzerne ihre Finanzstärke auch, um sich weitere Plattform- Unternehmen mit

179 Monopolstellung in anderen Bereichen einzuverleiben. Facebook hat Instagram und Whatsapp, Google hat  
180 Youtube geschluckt. Da diese Firmen eine so dominante Rolle haben, ist es für sie sehr leicht weiter zu expan-  
181 dieren und führt so langfristig zur weiteren Monopolisierung.

182 **e) Rechenkapazität und Programmierung:** Durch die Anforderungen, die sich durch moderne KI- Anwen-  
183 dungen ergeben, entsteht ein weiterer Vorteil der etablierten Monopolist\*innen. Mehr

184 Daten, eine gute Infrastruktur und große Geldreserven ermöglichen es, aufwendige

185 Rechenoperationen zu stemmen. Diese Hürde wird mit wachsender Komplexität der Auswertung der Kund\*in-  
186 nendaten zunehmend schwieriger für konkurrierende Start- ups.

187 **f) Vordringen in immer neue Geschäftsbereiche:** Die finanziellen Ressourcen, die digitale Infrastruktur und  
188 Daten ermöglichen es den digitalen Unternehmen in immer neue Geschäftsbereiche vorzudringen und so zu  
189 ermöglichen, dass ein Unternehmensbereich quersubventioniert wird bis er profitabel ist. Das beste Beispiel  
190 hierfür ist das Cloud-Computing, was sich zu einem der profitabelsten Geschäftsbereiche entwickelt hat. Auch  
191 hier zeigt sich eine beängstigende Entwicklung: Privat geführte Unternehmen haben die Kontrolle über weite  
192 Teile der Infrastruktur der Digitalisierung.

193 Zur Übermacht der Tech- Monopolisten kommt hinzu, dass auch die Konzerne auch intern von wenigen Ein-  
194 zelpersonen dominiert werden. So hat Mark Zuckerberg mit einem 24% Unternehmensanteil 60% der Stimm-  
195 rechte via Vorzugsaktien und kann damit alleine die

196 Firmenpolitik und auch die Mehrheit des Aufsichtsrats bestimmen. Bei Google kontrollieren drei

197 Personen 60% der Stimmanteile mit nur 13% Aktienanteilen, bei Amazon hat Jeff Bezos mit einem

198 Anteil von 16% vollständige Kontrolle über die Firmenpolitik. Die konzentrierte Macht der großen Internet-  
199 firmen bedeutet auch konzentrierte Macht in den Händen weniger Menschen. Der Umsatz der vier großen  
200 Tech- Firmen ist größer als das BIP vieler Länder. Daraus resultiert auch ein Lobby- Druck, welcher es für klei-  
201 ne Staaten äußerst schwierig macht, regulatorisch tätig zu werden. Absichtserklärungen, etwa von Facebook  
202 gegenüber Deutschland im Rahmen der Strafverfolgung von Beleidigungen, blieben meist folgenlos.

203 Eine Zerschlagung stellt letztlich eine Verteilung der Vermögen an Tech- Unternehmen auf vielfältige Eigentü-  
204 mer\*innen dar und stellt damit eine Konkurrenzsituation sicher.

## 205 **Forderung**

206 • Die Jusos fordern eine Verschärfung des Wettbewerbsrechts. Innerhalb der Plattformen müssen die  
207 Vermittler\*innen transparent darlegen, wie Empfehlungen oder Bewertungen Zustandekommen. Wer-  
208 bung darf zwar über die Plattform geschaltet werden, darf sich aber nicht in Such- und Empfehlungs-  
209 algorithmen widerspiegeln und muss klar davon abgegrenzt sein. So darf die Google- Suchmaschine  
210 weiterhin Werbeplätze zur Verfügung stellen, diese müssen allerdings abseits der Google- Suchergeb-  
211 nisse präsentiert werden.

212 • Die Plattform- Unternehmen dürfen ihre Vermittler\*innenrolle nicht missbrauchen, um durch Schein-  
213 selbstständigkeit Arbeitsrechte zu unterlaufen. Auch für Nutzer\*innen bzw. Kund\*innen darf die Platt-  
214 form nicht hinter bestehende Rechte, z. B. für Hotelgäste, zurückfallen.

215 • Durch eine Verschärfung des Kartellrechts müssen die Konglomerationen von Plattformen voneinan-  
216 der gelöst werden und auch in der Eigentümer\*innenstruktur diversifiziert werden. Die Plattforminfra-  
217 strukturen der großen Tech- Firmen sollen vom Rest des Konzerns getrennt werden. Anbieter\*innen  
218 auf der Plattform und Betreiber\*innen der Plattformen müssen unterschiedliche Eigentümer\*innen ha-  
219 ben. Dies schließt App- Stores mit ein. Anbieter\*innen von Cloud- Computing soll untersagt werden,  
220 in anderen Geschäftsfeldern aktiv zu sein. Daten, die auf einer Plattform gesammelt werden, dürfen  
221 nicht integriert werden.

222 • Wir fordern umfassende Normen der Digitalisierung, die eine Interoperationalität von verschiedenen  
223 Anwendungen erleichtern und so Vorteile für Nutzer\*innen erhalten lässt, aber auch die Möglichkeiten  
224 der Integration für neue Anbieter\*innen erleichtern.

225 Neben der Zerschlagung der bestehenden \“Big Tech\“ Plattformen, setzen wir uns als Jusos gleichzeitig auch  
 226 für eine Förderung von Alternativen ein, da das eine nicht ohne das andere funktionieren kann. Durch För-  
 227 derprogramme und Unterstützung für öffentlich- rechtliche, zivilgesellschaftlich organisierte oder genoss\*in-  
 228 nenschaftliche Plattformen hoffen wir, dass datenschutzfreundlichere und stärker gemeinwohlorientierte –  
 229 statt rein profitorientierte – Projekte das für die Relevanz der Plattform notwendige Nutzer\*innen- Wachstum  
 230 erfahren.

### 231 **Steuern**

232 Die großen Internetfirmen zahlen wie auch andere Großunternehmen kaum Steuern. Durch die Digitalisierung  
 233 sind nicht nur unglaubliche Vermögen und die größten Firmen der Welt

234 entstanden, sondern diese Firmen tun dies mit relativ wenig Kapitaleinsatz und Mitarbeiter\*innen (Im Ver-  
 235 gleich zu Firmen aus der Industrieproduktion, mit vergleichbarer Größe). Die schon bestehende Ungleichheit  
 236 wird durch die Digitalisierung noch einmal verschärft. Gleichzeitig beteiligen sich diese Unternehmen kaum  
 237 am Steueraufkommen. „Online- Konzerne“ nutzen dabei nicht nur die üblichen Schlupflöcher (wie die meis-  
 238 ten großen Firmen), sondern den Firmen gelingt es steuertechnisch so zu tun als ob „Digitale Gewinne“ nicht  
 239 geographisch verortbar seien. Das Argument ist, dass Google ja keine Betriebsstätte in Deutschland hat, zu-  
 240 mindest keine über die die Anzeigen abgerechnet werden. Digitale Umsätze und Gewinne müssen dort be-  
 241 steuern werden, wo sie erzielt werden. Das heißt: der Gewinn aus einer Werbung, die auf einen Menschen aus  
 242 Land X abzielt, sollte auch in Land X versteuert werden. Selbiges gilt für Produkte (z. B. Amazon, Apple) oder  
 243 Dienstleistungen (z. B. Uber).

### 244 **Die Jusos fordern:**

- 245 • Das Steuerrecht auf Europäischer Ebene so zu ändern, dass im Internet erzielte Gewinne dort besteuert  
 246 werden, wo sie erzielt werden; Insbesondere durch das Einführen „virtueller Betriebsstätten“.
- 247 • Die Gewinne aus digitalisierten Produkten (Werbung, Dienstleistungen, Handel) effektiv und mindes-  
 248 tens genauso hoch zu besteuern wie die Gewinne anderer Unternehmen.
- 249 • Auf nationaler Ebene soll die Steuervermeidung bis zu einer europäischen Lösung durch eine Quellen-  
 250 steuer auf Finanzflüsse in Steueroasen greifen.
- 251 • Transparenz von Konzernzahlen auf EU- Ebene einführen, damit nachvollzogen werden kann, wo Ge-  
 252 winne gemacht werden.

### 253 **Her mit dem schönen Internet**

254 Am Anfang war die Kritik und die Kritik war im Anfang. Wir glauben so wie es zurzeit ist, ist es nicht richtig.  
 255 Der Einfluss von „Big Tech“ ist zu groß in unserer Gesellschaft. So groß, dass sie die informationelle Selbstbe-  
 256 stimmung aufheben und dadurch zunehmend auch die Freiheit jedes\*r Einzelnen einschränken. Wir müssen  
 257 Wege für ein solidarisches, nicht kommerzielles und demokratisches Internet finden. Ein Internet, in dem viele  
 258 Ideen gleichzeitig die Möglichkeit haben sich zu entwickeln und in denen nicht zu viele Abhängigkeiten entste-  
 259 hen. Wie das aussehen kann ist eine Mammutaufgabe für die politische Linke, aber eine zentrale, wenn wir  
 260 die Frage „Wie wir leben wollen?“ beantworten.

261 Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass keine Institution/en einen monopolisieren Zugriff auf

262 Daten haben sollte, egal ob staatlich oder privat. Das Ziel sollte einerseits sein, dass der einzelne

263 Mensch ohne Verlust an Teilhabe über seine Daten verfügen kann. Andererseits das einzelne Firmen nicht so  
 264 mächtig werden, dass sie nicht mehr reguliert werden können. Darüber hinaus sollten auch staatliche Institu-  
 265 tionen keine umfassenden Daten über Menschen sammeln können, sodass eine umfassende Überwachung  
 266 möglich wäre.

# U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

## U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

---

U-3	Jusos Bayern Landesvorstand	Gerechte Landwirtschaft. Sozial und ökologisch	43
-----	--------------------------------	--	----

---

# U-3

<b>Titel</b>	Gerechte Landwirtschaft. Sozial und ökologisch
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Bayern Landesvorstand
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesgruppe in der SPD- Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD- Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesvorstand, BayernSPD-Landesparteitag, S&D-Fraktion im Euro- parlament

---

## Gerechte Landwirtschaft. Sozial und ökologisch

### 1 Präambel

2 Der primäre Sektor mit einem Anteil von heute nur rund 2% am BIP und insbesondere die Land- und Forst-  
3 wirtschaft spielt seit Jahrzehnten im politischen und gesellschaftlichen Diskurs eine untergeordnete Rolle. Da-  
4 bei hängen an diesem Sektor elementare Grundbedürfnisse wie etwa die Nahrungsmittelversorgung oder  
5 auch die Funktionsfähigkeit unserer Ökosysteme. Der voranschreitende Verlust der Biodiversität, Störungen  
6 im Wasserkreislauf, die Übernutzung und der Verlust von Böden, das drohende Waldsterben uvm. sind direk-  
7 te Folgen des menschengemachten Klimawandels und der Art und Weise, wie diese natürlichen Ressourcen  
8 bewirtschaftet wurden und werden. Zudem zeigen sich gerade im Landwirtschaftsbereich weltweit die Folgen  
9 des auf Gewinnmaximierung ausgelegten Wirtschaftssystems: Akkumulation von Eigentum an Boden und Pro-  
10 duktionskapazitäten in den Händen weniger, Missachtung und Dumping sozialer, ökologischer Standards und  
11 des Tierwohls sowie irreversible Schädigung der natürlichen Lebensgrundlagen. Und wie auch in vielen ande-  
12 ren Wirtschaftsbereichen, werden diese gerade auch globalen Ungleichheiten nicht reduziert, sondern etwa  
13 durch Freihandelsregime zementiert oder sogar verstärkt.

14 Es ist an der Zeit, diesen fatalen Trends eine moderne Politik entgegenzusetzen, die den Fokus auf Klima-  
15 schutz und Nachhaltigkeit legt und globale sowie lokale Ungleichheiten abbaut. Von zentraler Bedeutung ist  
16 dafür, dass jegliche Form landwirtschaftlicher Produktion wieder in ein gesundes Verhältnis zu den dafür vor-  
17 Ort erforderlichen Flächen gebracht wird. Das bedeutet eine Entflechtung und Dezentralisierung der Produk-  
18 tionsketten, was zugleich auch die Grundlage ist für ein deutlich höheres Maß an Verteilungsgerechtigkeit.  
19 Zudem können nur so die natürlichen Kreisläufe, Wasser- oder Nährstoffkreisläufe wieder geschlossen und  
20 weiterer Schaden von den Ökosystemen abgewendet werden. Seit Jahrzehnten zeigt sich weltweit ein Trend  
21 zum Verlust von Böden. Dieser Trend wird nicht aufzuhalten sein, wenn nicht auch nennenswerte Teile un-  
22 serer Flächen der Verwertungslogik insgesamt entzogen werden, bis sie sich grundlegend regeneriert haben.  
23 Neben dem Schutz solcher Flächen, muss die kombinierte Nutzung Vorrang bekommen vor der einseitigen  
24 Nutzung. Das betrifft u.a. die Nahrungsmittelproduktion, Energiegewinnung und den Artenschutz. Vielmehr  
25 noch muss die Produktion von Nahrungsmitteln Vorrang bekommen vor der Produktion von Futtermitteln für  
26 Tiere.

27 Der Umgang mit den Flächen muss grundsätzlich auch die Auswirkungen auf den

28 Treibhausgashaushalt (THG-Haushalt) berücksichtigen und im Einklang mit der zur Einhaltung des 1,5 Grad-  
29 Ziels erforderlichen THG-Emissionsminderung geschehen. THG-Quellen wie etwa die Methan-Emissionen der  
30 Fleisch- und Milchproduktion müssen massiv reduziert werden, während THG-Senken (Wälder, Moore, Bö-  
31 den) geschützt und ausgeweitet werden müssen. In diesem Sinne muss folglich, wo noch nicht geschehen,  
32 eine konsequente Quantifizierung des Treibhausgaspotenzials der jeweiligen Flächennutzung erfolgen. Dar-  
33 auf aufbauend müssen die Emissionen bepreist/besteuert werden.

34 Die Umsetzung all dieser Ziele erfordert Rahmenbedingungen, die das Verhältnis von Eigentum an Grund und  
35 Boden sowie Bewirtschaftung des Bodens grundlegend neu ordnet. Nicht mit dem Eigentum per se soll Geld  
36 verdient werden, sondern mit der gemeinwohlorientierten Bewirtschaftung desselben. Öffentliches Geld, wie  
37 etwa die europäischen Agrarsubventionen, sollen künftig nur noch für öffentliche Leistungen und im Sinne  
38 voranstehender Ziele gewährt werden. Handelsbeziehungen müssen fair sein, Ungleichheiten reduzieren, so-  
39 ziale, ökologische und Tierwohlstandards einhalten und verbessern und dürfen nicht weiter der ungebremsten  
40 Kapitalakkumulation dienen. Aus Ländern, in denen Hunger herrscht oder Wälder vernichtet werden, dürfen  
41 keine Agrarerzeugnisse mehr abgezogen werden. Nicht zuletzt und bis auf weiteres muss die Zuweisung der  
42 Klima- und Umweltschäden verursachergerecht erfolgen.

#### 43 **Boden, Eigentum und Agrarförderung**

44 Die Verteilung von Land ist heute in der EU noch stärker aus dem Gleichgewicht geraten als die Verteilung  
45 von Vermögen. 2,7% aller Betriebe besitzen 50% der europäischen Fläche. 80% der Direktzahlungen der Ge-  
46 meinsamen Agrarpolitik (GAP) gehen an die größten 20% der Betriebe. Dies bedeutet eine Abschöpfung der  
47 EU-Gelder von Landeigentümer\*innen. Besonders betroffen sind osteuropäische Länder durch zunehmenden  
48 des „Land Grabbing“, d.h. den Erwerb von Landeigentum durch oftmals ausländische Privatinvestoren oder  
49 Konzerne als Kapitalanlage.

50 Gerade in Ostdeutschland und Osteuropa wurden in den 1990er Jahren die öffnenden Märkte des ehemaligen  
51 Ostblocks genutzt, um die Landwirtschaft neoliberal umzubauen, mit der Folge, dass sich enorme Monopo-  
52 le gebildet haben. In Tschechien beispielsweise liegt über die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche in  
53 den Händen von Betrieben mit über 1.000 Hektar. In Brandenburg kontrollieren die drei Konzerne, KTG, die  
54 Lindhorst-Gruppe und Odega allein schon 20% aller Flächen.

55 Was die Forstflächen in Deutschland angeht, sind d 48% Privatwald, 29% Staatswald der Länder, 3,5% Staats-  
56 wald des Bundes und 19,4% Körperschaftswald. Hier ist eine Veränderung der Nutzung vonnöten, hin zu einer  
57 der ökologischen Herausforderungen entsprechend. Dabei müssen insbesondere die Staatswälder eine her-  
58 vorgehobene Rolle spielen.

59 In Bayern sind 65% der Fläche unter Pacht. Zwischen 2008 und 2018 stiegen die Agrarlandpreise in Bayern um  
60 156 Prozent. Nicht die flächenstärksten Betriebe, sondern bäuerliche Betriebe und insbesondere junge Men-  
61 schen, die sich in der Landwirtschaft eine Existenz aufbauen wollen, müssen ein Vorkaufsrecht erhalten.

62 Kleinbäuerliche Betriebe weichen immer mehr wachsenden industrialisierten Agrarbetrieben. Die

63 Zahl der Bauernhöfe sank von knapp 400.000 Betrieben 1950 auf heute nur noch 110.000

64 Betriebe. Mit dem Sterben kleiner Betriebe werden verbleibende Betriebe immer größer. Mit der Betriebsgrö-  
65 ße steigt auch die Tendenz zu größeren Schlägen (Agrarfläche). Negative Auswirkungen für die Artenvielfalt  
66 sind die Folge.

67 Zu der zunehmenden Verknappung auf immer größere Konzerne kommt es nicht, weil es an Instrumenten  
68 fehlen würden. Landkauf ab 1 Hektar ist bereits genehmigungspflichtig und die staatseigenen Flächen könnten  
69 überwiegend an kleine Betriebe verpachtet oder verkauft werden.

70 Leider zeigt sich, dass die Entwicklung entgegen anderweitiger Beteuerung politisch gewollt ist.

71 Die CSU gibt vor, die familiären Betriebe im Blick zu haben (Ilse Aigner als Landwirtschaftsministerin: „nicht  
72 die industrielle Landwirtschaft, sondern der bäuerliche Familienbetrieb“), fördert aber mit ihrer Politik klar die  
73 Monopolisierung der Landwirtschaft. Die Agrarlobby-Studie des NABU aus dem Jahr 2019 ist hier beispielhaft.  
74 So wird der Rechtsbegriff der „ungesunden Landverteilung“, welcher entscheidend für die Genehmigung von  
75 Landkauf ist, meist „wachstumsfördernd“ ausgelegt und somit dem expandierenden Unternehmen ein Allge-  
76 meininteresse angedichtet. Kleine Betriebe, gerade im Nebenerwerb haben dabei das Nachsehen.

77 Es braucht nicht weniger als einen Paradigmenwechsel weg von der „Wachsen oder sterben“-Philosophie des  
78 bayerischen Bauernverbands. Kleinstbetriebe müssen im Zentrum der Lebensmittelproduktion stehen. Zu  
79 diesem Ideal hin zu kommen bedeutet aber auch, dass man Entwicklungen der letzten 20 Jahre rückgängig  
80 machen muss.

81 **Auf EU-Ebene fordern wir:**

82 • EU-Subventionen müssen angepasst werden, sodass Kleinstbetriebe, Nebenerwerb und Neugründun-  
83 gen überproportional profitieren. Schluss mit dem Gießkannenprinzip der Flächensubventionen.

84 • Auch Kleinstflächenbesitzer\*innen (unter 1 ha) müssen Subventionen erhalten

85 • Rückabwicklung hin zur Eigentumsstreuung

#### 86 **Auf Bundesebene fordern wir:**

87 • Gründung von gemeinnützigen, landeseigenen Siedlungsgesellschaften in allen Bundesländern. Die-  
88 ses soll für längere Zeit Boden bevorraten und Land verpachten dürfen, um die bestehenden Agrar-  
89 strukturen zu sichern und durch eine breitere Streuung des Eigentums an Grund und Boden in den  
90 Händen von Landwirten zu verbessern. Dabei wollen wir langfristig für die Abschaffung von Eigentum  
91 auf Grund und Boden einsetzen, denn diese sind Allgemeingut. Für uns vorstellbar sind Nutzungsüber-  
92 lassungen in Form von Erbpacht und genossenschaftliche Modelle

93 • Förderung von kleinen und mittleren Betrieben durch die Bodenverwertungs- und Verwaltungs-

94 • GmbH (BVVG) und anderer staatlicher Flächenverwaltungsgesellschaften, insbesondere von Nebener-  
95 werb und Neugründungen

96 • Konsequente Anwendung der rechtlichen Mittel gegen das Entstehen und Anwachsen der Agrarkon-  
97 glomere

#### 98 **Auf Landesebene (Bayern) fordern wir:**

99 • Jährlich Erstellung und Veröffentlichung eines repräsentativen Pachtpreisspiegel

100 • Grundsätzliche Untersagung von Agrarlandverkauf an Nichtlandwirte sowie Gesellschaften, die von  
101 nicht-landwirtschaftlichem Kapital dominiert werden

102 • Ermächtigung der Bayrischen Siedlungsgesellschaften „auf Vorrat“ im Zweifel mit Vorkaufsrecht kau-  
103 fen zu können

104 • Vorkaufsrecht für bäuerliche Existenzgründungen, auch wenn sie nur bis 120% des Verkehrswertes  
105 mitbieten können

#### 106 **Arbeitsbedingungen**

107 In der EU arbeiten mehr als 22 Mio. Menschen in der Landwirtschaft. Es ändert sich die Art der

108 Arbeitsplätze von Selbstständigkeit und Familienarbeit hin zu abhängiger Lohnarbeit. Immer mehr Arbeits-  
109 plätze in der Landwirtschaft gehen verloren. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft schrumpfte  
110 von 1,3 Millionen 1950 über eine halbe Million 1980 auf nur noch 152 000 im Jahr 2012. Seit 1950 wurden in  
111 Bayern also über 1,2 Mio. Arbeitsplätze in der Landwirtschaft abgebaut.

112 Ursache für viele Probleme ist der Kostendruck, der durch Billigproduktion für den Weltmarkt entsteht. Da-  
113 von profitieren aber ausschließlich die industriellen Agrar-, Verarbeitungs-, und Handelskonzerne, während  
114 die Umweltschäden von uns allen jetzt und in der Zukunft bezahlt werden. Insbesondere auch in der Forst-  
115 wirtschaft ist eine Abkehr von einem ökologisch sinnvollen Waldkonzept hin zur reinen Nutzwaldlogik weit  
116 vorangeschritten. Erwartungsgemäß sind es auch hier nicht die (Forst)-Arbeiter\*innen, welche von dieser ver-  
117 meintlich höheren Wirtschaftlichkeit profitieren.

118 Die Zahlungen pro Hektar statt pro Arbeitskraft fördern die Vergrößerung der Agrarunternehmen und treiben  
119 die Bodenpreise in die Höhe, statt Arbeitsplätze zu schaffen. Denn je größer der Landbesitz, desto weniger  
120 Arbeitskräfte sind im Allgemeinen pro Hektar beschäftigt.

#### 121 **Mindestlohn in der Landwirtschaft**

122 Der gesetzliche Mindestlohn gilt mittlerweile auch in der Landwirtschaft. Jedoch wird dieser durch Sonderre-  
123 gelungen für Saisonarbeiter\*innen oft umgangen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass von den familien-  
124 fremden Arbeitskräften fast 60% Saisonarbeitskräften sind.

**125 Saisonarbeit**

126 Eine besondere Problem für Saisonarbeitnehmer\*innen sind die Vermittlungsagenturen, welche häufig hor-  
127 rende Summen für die Vermittlung, sowie für die Unterkunft verlangen. Durch die Nichtaushändigung können  
128 sie häufig nicht nachvollziehen, wie viel Geld sie wirklich verdienen.

129 Oft erfahren sie erst nach der Rückkehr, dass sie teilweise nur 2€ Stundenlohn bekommen haben. Diese Form  
130 der Ausbeutung muss dringend unterbunden werden. Es braucht gerechte Arbeitsbedingungen für alle, un-  
131 abhängig ihrer Nationalität.

**132 Gender**

133 Mit 35,1% sind in der Landwirtschaft weniger Frauen tätig als in der Gesamtwirtschaft, wo sie 45,9% der Er-  
134 werbsbevölkerung ausmachen. Die meisten Frauen haben entweder eine abgeschlossene Berufsausbildung  
135 oder ein Studium absolviert. Sie haben im Bereich Bildung also die gleichen Chancen wie ihre männlichen Kol-  
136 legen. Mit 10% an Frauen in Führungspositionen im Agrarbereich liegt Deutschland aber weit hinter dem EU-  
137 Durchschnitt von 28%.

138 Frauen in der Landwirtschaft sind oft durch mehr Arbeit belastet, da sie sich zusätzlich zu der  
139 Arbeit auf dem Hof noch um den Haushalt und die Kinder kümmern. Sie arbeiten als sogenannte Familien-  
140 arbeitskräfte. Wenn sie nicht angestellt sind, dann können sie auch nicht in die Rentenkasse einzahlen und  
141 haben Probleme mit der Sozialversicherung.

142 Rund 40% der Frauen in der Landwirtschaft haben keinen Arbeitsvertrag. Außerdem gehört in den meisten  
143 Fällen der Boden nicht den Frauen, sondern den Männern.

144 Auch bei der Suche nach einem Ausbildungsbetrieb haben Frauen immer noch mit Vorurteilen zu kämpfen  
145 und werden teilweise abgewiesen, weil ihnen die harte körperliche Arbeit und der Umgang mit den landwirt-  
146 schaftlichen Maschinen nicht zugetraut wird.

**147 Arbeitsschutz**

148 Der Schutz der Arbeiter\*innen muss immer an höchster Stelle stehen. Das gilt grundsätzlich bei allen Arbei-  
149 ten, egal ob Landwirtschaft oder auch Forstarbeit. Der Bodenschutz darf nicht auf Kosten der Arbeiter\*innen  
150 gehen. Für manuelle Arbeiten braucht es einen hohen technischen Standard, ggf. mit Assistenzsystemen. Ist  
151 dies gewährleistet, geht der Schutz von Mensch und Natur Hand in Hand

**152 Wir fordern:**

- 153 • Es muss sichergestellt sein, dass Arbeit in Familienbetrieben ausgeglichen ist. Hierzu erscheint eine  
154 gesonderte Beratungsstelle für Frauen in der Landwirtschaft sinnvoll
- 155 • Lohndumping muss entschlossen entgegnet werden. Dazu braucht es u.a. mehr Stellen bei  
156 den Kontrollbehörden, dem Verbot der Praxis der Vermittlungsagenturen und die Unterkunftsabzüge  
157 müssen abgeschafft werden
- 158 • Wer am Hof Arbeit verrichtet muss auch angemeldet sein und das sozialversicherungspflichtig. Fami-  
159 lienarbeit darf nicht kostenlos sein. Insbesondere im Alter profitieren Frauen dann von einer höheren,  
160 angemesseneren Renten
- 161 • Hohe technische Standards müssen gewährleistet werden. Auch hier sind u.a. mehr Stellen bei Kon-  
162 trollbehörden nötig

**163 Internationaler Handel mit Lebensmittel und anderen Agrarprodukten**

164 Landwirtschaftliche Erzeugnisse sind regelmäßig Gegenstand von (Frei-)Handelsabkommen (z.B. Mercosur)  
165 und gerade hier zeigen sich die Spannungsfelder zwischen wirtschaftlichen Interessen einerseits und der Ein-  
166 haltung und Ausweitung sozialer und ökologischer Standards andererseits. Durch das Zusammenschalten von

167 Märkten in einem Sektor, der zwangsläufig direkt auf Grund und Boden und den natürlichen Ressourcen auf-  
 168 baut, wurden strukturelle Probleme bisher eher verstärkt als beseitigt. Viele sich entwickelnde Länder hängen  
 169 stark von ihrer landwirtschaftlichen Produktion ab und partizipieren dennoch nur von einem kleinen Teil der  
 170 landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten. Bäuerliche Arbeit, die Grundlage jeglicher landwirtschaftlichen  
 171 Produktion ist, ist immobil und gerät im Kontext immer stärkerer Akkumulation von Ressourcen und Pro-  
 172 duktionskapazitäten zunehmend unter enormen wirtschaftlichen Druck mit direkten Konsequenzen auf die  
 173 Einhaltung sozialer und ökologischer Standards.

174 Die grundlegende Prämisse, dass landwirtschaftliche Produktion jeglicher Art in gesundem Verhältnis zu der  
 175 dafür vor Ort eingesetzten Fläche stehen sollte, muss daher unbedingt auch für Handelsabkommen im Land-  
 176 wirtschaftsbereich gelten. Eine strenge Einhaltung dieses Grundsatzes führt nicht nur zu einer Dezentralisie-  
 177 rung der Wertschöpfung und damit zu einer gerechteren Verteilung, sondern ist die Grundvoraussetzung da-  
 178 für, dass die Produktion unter hohen sozialen Standards und im Einklang mit den begrenzten natürlichen  
 179 Ressourcen erfolgen kann.

180 Um diesen Zustand zu erreichen, muss ein Konditionalitätsprinzip Einzug in jegliche Verhandlungen und Ab-  
 181 kommen über internationalen Handel landwirtschaftlicher Erzeugnisse finden: Handelserleichterungen sind  
 182 erst zu verantworten, wenn soziale, ökologische und Tierwohlstandards eingehalten werden. Dazu gehören  
 183 im Einzelnen die Einhaltung der ILO- Kernarbeitsnormen, die Einführung und Einhaltung eines lokalen Min-  
 184 destlohnes und die Gewährleistung hoher ökologischer Standards. Zugleich muss klar sein, dass in der EU  
 185 nicht zugelassene Stoffe (etwa Pestizide, Düngemittel usw.) auch nicht zur Produktion für zum Export in die  
 186 EU bestimmte Produkte andernorts eingesetzt werden dürfen. Natürlich kann das Konditionalitätsprinzip dazu  
 187 führen, dass die gehandelten Mengen deutlich zurückgehen, das ist in diesem Zusammenhang jedoch sogar  
 188 gewünscht. Es dient nämlich einer suffizienteren Landwirtschaft vor Ort und wird dazu führen, dass abgewan-  
 189 derte Wertschöpfung zurückkehren und mehreren Menschen zugutekommen kann. Soweit keine unmittelba-  
 190 ren existenziellen Nebeneffekte für ausländische Produzent\*innen resultieren, ist im Ansatz protektionistische  
 191 Handelspolitik vertretbar. Handel muss fair sein und wo das nicht gewährleistet ist, ist es gerechtfertigt, den  
 192 Handel zwischenzeitlich einzuschränken.

#### 193 **Konkret fordern wir im Bezug auf die europäische Handelspolitik im Landwirtschaftsbereich:**

- 194 • Fairhandel statt Freihandel (jegliche Maßnahmen und Abkommen müssen zu einer gerechteren Ver-  
 195 teilung der Wertschöpfung führen sowie zu einer Verbesserung der sozialen, ökologischen und Tier-  
 196 wohlstandards)
- 197 • Prämisse jeder Handelsvereinbarung muss sein, dass landwirtschaftliche Produktion nach und nach  
 198 wieder in ein gesundes Verhältnis zu der vor Ort verfügbaren Fläche gebracht wird. Nur so kann ein  
 199 nachhaltiger Wasser- und Nährstoffkreislauf wiederhergestellt werden
- 200 • Handelserleichterungen sind erst zu rechtfertigen, wenn soziale, ökologische und Tierwohlstandards  
 201 eingehalten werden (Konditionalitätsprinzip)
- 202 • Die Einhaltung dieser Standards sollte durch internationale öffentliche und/oder nicht gewinnorientier-  
 203 te (d.h. gemeinnützige) Zertifizierung erfolgen. Diese Zertifizierung ist partnerschaftlich mit den Han-  
 204 delspartnern zu ermöglichen
- 205 • Aus der EU exportierte Produkte dürfen den Absatz lokal produzierter Güter nicht gefährden und aus-  
 206 ländische Märkte überschwemmen
- 207 • CO<sub>2</sub> -Bepreisung von Holz: stoffliche gegenüber der energetischen Nutzung fördern; zum Beispiel  
 208 durch ein fünfjähriges Kontrollsystem zur Verwertung des Holzes

#### 209 **Wir fordern die Einhaltung dieser Mindeststandards:**

210 Soziale Standards:

- 211 • Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und Einhaltung des lokalen Mindestlohns vor Ort
- 212 • Zuallererst muss die Nachfrage vor Ort gedeckt werden, keine Importe aus Ländern, wo Hunger  
 213 herrscht (Nahrungsmittelproduktion vor Tierfutterproduktion und Energiepflanzen)

214 Ökologische Standards:

- 215 • Kopplung Produktionsmengen an regional verfügbare Flächen (insbesondere bei der Milch und Fleisch-
- 216 produktion)
- 217 • Abkehr von Monokulturen
- 218 • In der EU nicht zugelassene Stoffe dürfen auch nicht für importierte Produkte eingesetzt werden
- 219 • Ressourcen vor Ort (Nährstoffe und Wasser) dürfen nur insoweit genutzt werden, wie sie sich natürlich
- 220 nachbilden können (Kreislaufwirtschaft)
- 221 • Keine Importe aus Ländern, wo zur Produktion der Güter Wald vernichtet wird
- 222 Tierwohlstandards:
- 223 • Ausschluss von pauschalen Antibiotika
- 224 • Strengere Flächenvorgaben für die Tierhaltung
- 225 • Verweis: Grundsatzpapier zu progressivem Tierschutz

# W Wirtschafts- und Finanzpolitik

## W Wirtschafts- und Finanzpolitik

---

W-4	Jusos Schwaben	Glücksspielsimulierende Handyspiele für Kinder und Jugendliche beschränken	50
-----	----------------	--	----

---

# W-4

<b>Titel</b>	Glücksspielsimulierende Handyspiele für Kinder und Jugendliche beschränken
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Schwaben
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

---

## Glücksspielsimulierende Handyspiele für Kinder und Jugendliche beschränken

- 1 Der Trend, dass Anbieter\*innen von Spielen für Mobilgeräte diese mit sogenannten  
2 Mikrotransaktionen monetarisieren, ist nicht neu. Äußerst perfide ist jedoch die Vorgehensweise, dass Spiel-  
3 fortschritt nur durch Spielgeld gelingt, welches wiederum durch eine  
4 Glücksspielkomponente generiert wird. Für dieses Glücksspiel steht eine stark begrenzte Anzahl an Spielzügen  
5 jeden Tag oder alle paar Stunden kostenlos zur Verfügung. Möchten die Spieler\*innen weiterspielen, so ist  
6 Echtgeld in Spielzüge zu investieren. Diese Kleinbeträge werden auch  
7 Mikrotransaktionen genannt. Das Wort Glücksspielkomponente ist dabei nicht nur eine Beschreibung des zu-  
8 grunde liegenden Mechanismus, in manchen dieser Spiele ist tatsächlich an einem digitalen einarmigen Ban-  
9 diten zu ziehen!
- 10 Die Problematik äußert sich unter anderem in folgenden Punkten:
- 11 1. Die langen Wartezeiten, um neue Spielzüge zu erhalten, verleiten Spieler\*innen dazu, Spielzüge mit  
12 Echtgeld zu erwerben. Hierfür sind Kinder und Jugendliche besonders anfällig.
  - 13 2. Durch die Umwandlung von Echtgeld in virtuelles Spielgeld geht das Gefühl für Geld verloren. So kön-  
14 nen durch einstellige Eurobeträge bereits drei- oder vierstellige Spielgeldbeträge erworben werden. Es  
15 wird das Gefühl vermittelt, ein Schnäppchen zu machen, um immer wieder zu neuen Mikrotransaktio-  
16 nen zu verleiten.
  - 17 3. Die Spiele verharmlosen die erhebliche Suchtgefahr von Glücksspielen. Die absurd hohen Gewinnchan-  
18 cen, beispielsweise dass der schlechteste Fall der entstehen kann, lediglich ein kleiner Gewinn ist, sug-  
19 gerieren, dass Glücksspiel keine reelle Gefahr birgt. Eine neue Generation von Glücksspielsüchtigen soll  
20 herangezogen werden.
- 21 Wir fordern deshalb, dass Spiele mit Warnhinweisen zu versehen sind, sowie durch die  
22 Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien zu prüfen und gegebenenfalls mit  
23 Altersbeschränkungen zu versehen sind, wenn sie eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllen, sowie  
24 Mikrotransaktionen beinhalten:
- 25 Das Spiel beinhaltet eine glücksspielsimulierende Komponente
    - 26 1. Das Spiel beinhaltet eine glücksspielsimulierende Komponente
    - 27 2. Das Spiel ähnelt in der Optik und/oder Spielweise einem Glücksspiel
- 28 Mit Geld zu bezahlende Komponenten des Spieles unterliegen einer unbekanntem Zufallswahrscheinlich-  
29 keit

# INI Initiativanträge

## INI Initiativanträge

---

INI-1 Jusos Oberbayern Jusos in die Parlamente – was das für uns bedeutet

---

52

# INI-1

<b>Titel</b>	Jusos in die Parlamente – was das für uns bedeutet
<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos Oberbayern
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz

---

## Jusos in die Parlamente – was das für uns bedeutet

- 1 Vor vier Jahren haben wir nach der Bundestagswahl einen inhaltlichen, personellen und strukturellen Erneuerungsprozess der SPD eingefordert.  
2
- 3 Mit den vielen jungen Kandidierenden für die Bundestagswahl ist ein Schritt in Richtung personeller Erneuerung getan, auch wenn wir kritisch beobachten, dass nur wenige der jungen Kandidierenden mit guten Listenplätzen ausgestattet sind. Es ist wichtig, sich genau jetzt zu überlegen, was es für uns als Jugendverband bedeutet, wenn von uns unterstützte Kandidierende Teil der Bundestagsfraktion werden. Uns ist bewusst, dass wir Teil einer reformistischen Partei sind und das viele Mitglieder unserer Mutterpartei den Weg zum demokratischen Sozialismus zum Ziel gemacht haben. Deshalb stellt sich für uns die Frage, wie es gelingen kann, am Ziel festzuhalten und Einfluss auf den öffentlichen und parteiinternen Diskurs zu nehmen.  
4  
5  
6  
7  
8  
9
- 10 Grundsätzlich halten wir fest: Wir können unsere politischen Ziele nur als Teil einer progressiven Koalition voran bringen. Die Unterstützung einer großen Koalition ist daher eine rote Linie, die unsere Juso-Mandatsträger\*innen nicht überschreiten dürfen.  
11  
12
- 13 Unsere Anforderungen an die Zusammenarbeit zwischen Juso-Mandatsträger\*innen und dem Jugendverband:  
14
- 15 1. Die Verantwortung für eine gute Zusammenarbeit zwischen Jusos und Juso-Mandatsträger\*innen liegt auf beiden Seiten, deshalb braucht es regelmäßige Termine zur Abstimmung und zur strategischen Planung. Themen müssen aktiv gesetzt und verfolgt werden.  
16  
17
  - 18 Juso-Mandatsträger\*innen haben den Auftrag, aktuelle Themen und Beschlüsse der Jusos in die Fraktion zu tragen, dort die Debatte zu prägen und linke Mehrheiten zu organisieren.  
19
  - 20 Juso-Mandatsträger\*innen sollen sich weiterhin an Debatten bei den Jusos beteiligen, um einer Entkoppelung und Entfremdung entgegenzuwirken.  
21
  - 22 Uns ist völlig klar, dass für Mitglieder einer Regierungsfraktion nicht die Beschlusslage des Verbands bindend ist, sondern der Koalitionsvertrag.  
23

Solange die Arbeit in Parlamenten durch Fraktionen organisiert ist, ist auch ein Fraktionszwang Teil der politischen Realität. Wir wissen, dass auch unsere Juso-Mandatsträger\*innen von der SPD aufgestellt und damit auch Teil der SPD-Fraktion sind. Deshalb ist es umso wichtiger, dass Themen frühzeitig aufbereitet und für Mehrheiten in der Fraktion gekämpft wird. Verlieren die Juso-Mandatsträger\*innen Abstimmungen innerhalb der Fraktion, erwarten wir, dass sie zumindest in Sachen, die gegen unser Grundverständnis als Jusos gehen (z.B. GeordneteRückkehr Gesetz (Antifaschismus) oder 219a (Feminismus)) auch gegen die Fraktionslinie Uns ist bewusst, dass dies nicht einfach ist, aber JusoMandatsträger\*innen ausmacht.

Als Jusos verstehen wir uns im Sinne der Doppelstrategie als Transmissionsriemen zwischen sozialen Bewegungen und dem Parlament. Deshalb erwarten wir von unseren Mandatsträger\*innen:

1. Den regelmäßigen Austausch mit unseren natürlichen Bündnispartner\*innen wie beispielsweise den Gewerkschaften.

2. Die Auseinandersetzung mit sozialen Bewegungen, das Aufgreifen ihrer Themen und der Einbringung in den öffentlichen Diskurs.

#### Unsere Anforderungen an Strukturarbeit

1. Ein Mandat bringt Ressourcen mit sich. Uns ist völlig klar, dass die Mittel nicht zur illegalen Parteienfinanzierung verwendet werden dürfen. Jedoch kann durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten, Mandatsträgerabgaben an die Jusos sowie die Möglichkeit, junge Genoss\*innen mit Praktika zu fördern und zu unterstützen, die Jugendverbandsarbeit erleichtert werden.

Wir wollen selbst besser machen, was wir bei der SPD kritisieren. Juso-Mandatsträger\*innen haben die Aufgabe, sich aktiv um die Förderung und Unterstützung junger Genoss\*innen zu bemühen.